Nr. 67.
Abend-Ausgabe.

Abonnements-Preis:
Hier bei der Expedition 2 Rg, außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 Rg 10 Sgr incl. Post-Aufschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamte für England 3 Rg 15 Sgr, für Frankreich 4 Rg 24 Sgr, für Belgien 2 Rg vierteljährl. In Warschau bei d. K. K. Postämtern 4 Rb. 33 Kop. In Rußland laut K. Posttaxe.

Ostsee-Zeitung
und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Stettin, 1866.
Freitag, 9. Februar.

Insertions-Preis:
für den Raum einer Petitzeile 2 Sgr.
Inserate nehmen an:
in Berlin: A. Retemeyer, Breitestr. № 1.
in Hamburg-Altona: Haasenstein & Vogler.
in Stettin: die Expedition.
Geeignete Mittheilungen werden grat. aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 9. Februar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Legations-Rath a. D. und Ehren-Mitgliede des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, Michaelis, den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub; so wie dem Regierungs-Rath Seestern-Pauly zu Magdeburg den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen.

Die Rechtsverwahrungen des Abgeordnetenhauses.

Die ersten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in der gegenwärtigen Session betrafen eine Reihe von Rechtsverwahrungen gegen Maßregeln und Beschlüsse der Regierung und einzelner Behörden. Die Verwahrung in der Lauenburger Angelegenheit machte den Anfang, der Protest gegen den Beschluß des Criminalsenats des Obertribunals zur Wahrung des Art. 84 der Verfassung folgt fast unmittelbar. Eine Verwahrung gegen den ohne Zustimmung des Hauses vollzogenen und ausgeführten Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahn und eine Verwahrung gegen das Verfahren der Regierung bei Gelegenheit des Abgeordnetenfestes in Köln sind in der Vorbereitung begriffen.

Ueber die Nützlichkeit solcher Rechtsverwahrungen stehen sich die verschiedensten Ansichten gegenüber. Die Einen machen dem Deutschen Volke und seinen Vertretern einen Vorwurf daraus, daß es eine so große Neigung zum Protestiren habe. Was ist ein Protest anders, fragen sie, als das Geständniß, daß man eine Schlappe erlitten und nichts dagegen machen kann? Weshalb also dem Uebel der Machtlosigkeit noch das Geständniß derselben hinzufügen, ein Geständniß, welches zugleich zugiebt, daß man es nicht verstanden hat, dem Schlage vorzubeugen? — Im Gegentheil, behaupten die Andern, es gehört zum Kampfe um das Verfassungsrecht, daß man jede Verletzung desselben in scharfen Worten, die auf das Volk einen tiefen Eindruck machen, rüge. Nur auf solchem Wege kann das Rechtsbewußtsein im Volke wach erhalten, geklärt und zu der Tiefe und Energie gesteigert werden, welche schließlich nach langem Kampfe den Ausschlag zu Gunsten des Rechts giebt, welche mit andern Worten schließlich das Recht zur Macht bringt.

Beiden Seiten, dem Angriff, wie der Vertheidigung, liegen ganz verschiedene Auffassungen über das Wesen und die Form solcher Beschlüsse zu Grunde, die Einen meinen bloße Proteste, die Anderen agitatorische Beschlüsse.

Nun geben wir zu, wenn die Beschlüsse keine weitere Bedeutung, als die eines lahmen Protestes hätten und haben sollten, so wäre es schade um die Mühe und das Talent, welches zu ihrer Formulirung und Durchkämpfung aufgewandt wird. Wenn sie auf der anderen Seite keinen Zweck haben sollten, als die Agitation, so glauben wir, daß man die Wirksamkeit dieser Art der Agitation überschätzt. Denn wenn die Worte auch noch so scharf zugespitzt, die Verurtheilungen auch noch so vollt[ö]nend sind: die Wirkung bleibt immer eine vorübergehende, und steht in keinem Verhältniß zu dem in Bewegung gesetzten Mittel. Ja, wenn blos die Agitation der Zweck wäre, so wäre dies Mittel sehr zweischneidig, da die erfolglose Agitation eines Gesetzgebers, dessen Aufgabe das Gebieten ist, auf diesen zurückfällt.

Wir meinen indeß, daß Werth und Bedeutung dieser Beschlüsse ganz anderswo zu suchen sei. Es ist ein Irrthum gewesen, wenn man glaubte, mit der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 sei das öffentliche Recht in unserem Staate — abgesehen von den vorbehaltenen organischen Gesetzen — abgeschlossen gewesen. Man hat sich 12 Jahre in diesen verhängnißvollen Irrthum gewiegt, weil man nie mit der Verfassung einen Versuch gemacht hat, ob sie auch eben so, wie sie dem Jasagen seine Methode gab, dem Neinsagen Kraft verlieh. Jetzt ist der Versuch gemacht, und siehe da! vielerwärts lassen die Bestimmungen der Verfassung das was sie theoretisch für berechtigt erklärt haben, practisch im Stich. Hier stellen sie, wo sie gebieten, keine Präjudize für die Nichterfüllung auf; dort unterlassen sie, wo sie Pflichten setzen, eine Frist für die Erfüllung derselben zu bestimmen.

Man darf sich über diese zu Tage tretenden Mängel auch nicht einmal wundern. Nur in Einem Falle liegt die Erfahrung vor, daß eine moderne Verfassung fertig abgeschlossen wurde, gleich einem Vertrage, und erzwingbar war gleich einem solchen, und diese Erfahrung wurde gemacht in einem Lande, welches von vorn herein auf den Isolirstuhl der Neutralität gestellt wurde, und an einem Königshause, das aus dieser Verfassung alle seine Rechte herleitete — wir meinen Belgien. Ueberall unter regelmäßigen Verhältnissen erwächst haltbares öffentliches Recht, wie das Privatrecht, aus dem Bedürfniß, oder, wenn man lieber will, aus der Nothwendigkeit. Wenn man das kategorische Postulat zugiebt, daß in Preußen auf die Dauer nur noch regiert werden könne unter zustimmender Mitwirkung einer Volksvertretung, so ist mit dem Postulate dieser zustimmenden Mitwirkung das ganze öffentliche Recht Preußens gegeben, freilich nicht auf einmal, aus der Pistole geschossen, sondern allmälig erwachsend aus den logischen Consequenzen dieses Postulates, deren eine die Verfassung vom 31. Januar 1850 war, deren andere sich weiterhin in Ausbildung des Verfassungsrechts inmitten der Verfassungskämpfe in der stählernen Schule der Thatsachen ziehen und entwickeln, und einmal erkannt, ihre allseitige Anerkennung erzwingen werden durch die Nothwendigkeit der Existenz und Fortbildung des Staats, früher oder später.

Nun meinen wir, daß es gerade in der jetzigen Periode tiefer Gährung die Aufgabe des Parlamentes sei, die Sätze dieses öffentlichen Rechtes aufzustellen, Schritt vor Schritt, in einer Reihe von Präjudizen, wie sie durch die Thatsachen und Conflicte an die Hand gegeben werden, und wie ihre Anerkennung auf Grund jenes obersten Princips gefordert werden wird. Sind sie einmal festgestellt, so werden sie ihre Anerkennung auch durchsetzen in dem Augenblicke, wo der Staat dem Postulate, daß er unter zustimmender Mitwirkung der Volksvertretung regiert werden müsse, nicht mehr ausweichen kann. Die Rechtsverwahrungen des Abgeordnetenhauses haben die Natur solcher Präjudize, die ein öffentliches Recht schaffen, sie haben nur Werth und Bestand, so weit sie Sätze des öffentlichen Rechts feststellen, und so weit sich diese Sätze mit logischer Nothwendigkeit aus jenem allgemeinen Postulate ergeben. Hierin, meinen wir, liegt ihre Bedeutung, hierin zugleich der Maßstab, nach welchem sie in jedem Einzelfalle zu beurtheilen sind.

Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Einige Blätter hatten gemeldet, auch gegen den Präsidenten Grabow sei wegen seiner Antrittsrede die Untersuchung eröffnet. Der „Köln. Ztg." wird in Bezug hierauf unter dem 8. telegraphirt, jene Nachricht sei unbegründet, auch werde die Anordnung einer solchen Untersuchung stark bezweifelt.

Auch die „Prov.-Corr." erklärt die Nachricht des „Alt. Merkur" aus Schleswig, daß die Preußische Regierung eine Erklärung der dortigen Bevölkerung über eine Personal-Union mit Preußen erfordern wolle, für völlig grundlos. Indessen wird dieses Thema doch auch in dem halbofficiellen Blatte angeregt, indem es einem Schreiben des Grafen A. Baudissin, das sich schließlich im Sinne der Personalunion ausspricht, die Ehre des Abdruckes angedeihen läßt. In unzweideutiger Weise hat Graf Bismarck in der Lauenburger Debatte diese Lösung als eine wünschenswerthe bezeichnet, und in officiösen Correspondenzen wird dieselbe neuerdings eingehender besprochen und empfohlen. Vor Allem sollen damit wohl gerade die schärfsten Particularisten gewonnen werden, denen ja ein besonderer Herzog, wenn auch nicht der bisher gewünschte, und die volle Erhaltung der Schleswig-Holsteinischen Stammesherrlichkeit mit allen urthümlichen Einrichtungen, in denen sie sich bisher verkörpert hat, zugesagt wird. Von dieser Seite aber protestirt die „Schl.-Holst. Ztg." bereits mit Händen und Füßen, erinnert an die dem „rechtmäßigen Landesherrn" schuldige Treue und betheuert, „daß uns die Zusicherung unserer althergebrachten Rechte und Institutionen, unseres eigenen Beamtenwesens, eigenen Heeres, eigener Finanzen nimmermehr verlocken wird." Der „Kieler Zeitung" entnehmen wir folgende Betrachtungen:

„Es ist wohl erlaubt zu fragen, welche besondere Vortheile diese Art von Verbindung (die Personalunion) beiden Theilen bringen möchte. Unsern Landtag sollen wir behalten?! — Freilich, die Preußischen Provinzen haben ihre Provinzial- und Communal-Landtage, und so wird man Schleswig-Holstein eine gesonderte Vertretung auch in dem Verhältniß der Personal-Union nicht absprechen wollen. Aber in welcher Form wird diese Vertretung ihre Wirksamkeit und welchen Einfluß wird sie ausüben? Würde der König von Preußen uns das Staatsgrundgesetz von 1848 mit seinem freisinnigen Wahlgesetz zugestehen? Nach den jetzt herrschenden Anschauungen ist daran nicht zu denken. Es wird also bis auf Weiteres bei den aus dem Dänischen Regiment herrührenden Provinzialständen bleiben, wie es in Lauenburg bei der althergebrachten Ritter- und Landschaft bleibt. Daß diese Aussicht irgend etwas Verlockendes hätte, wird selbst der feurigste Verehrer des Bismarck'schen Regimens nicht zu behaupten wagen. Aber wir sollen unsere Gesetze und unsere Beamten behalten! — Auch in dieser Beziehung, glauben wir, hat der Conservatismus der Schleswig-Holsteinischen Bevölkerung seine bestimmt bemessenen Grenzen. Was die Gesetze anbelangt, so ist uns namentlich von Preußen her oft genug vorgehalten worden, daß dieselben einer gründlichen Reform bedürften und wir wagen nicht zu widersprechen; was aber die Beamten betrifft, so hat Preußen in der kurzen Zeit seines unbeschränkten Regiments in Schleswig so wenig Rücksicht auf die Wünsche und Neigungen des Volkes gezeigt, daß auch in dieser Beziehung der Hinweis auf die Aussicht der Personal-Union möglichst verfehlt erscheinen muß. Aber unser eigenes Heer? — Ohne Frage hat das Land sich mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit für ein gesondertes Schleswig-Holsteinisches Heerwesen erklärt, so wenig es andererseits die Nothwendigkeit gewisser gemeinsamen Beziehungen mit dem Preußischen Heerwesen verkannt hat. Aber, fragen wir, wenn man selbst unter einer Personal-Union mit Preußen uns ein abgetheiltes Heerwesen gestatten will, woher denn das vielstimmige grelle Geschrei der officiösen Stimmen über den Schleswig-Holsteinischen Particularismus? Unter der Aegide der Personal-Union wäre also der Particularismus gegen alle Vorwürfe gesichert und gewappnet? Die Schutzbedürftigkeit der Herzogthümer selbst kommt überall erst in zweiter Linie in Betracht, es handelt sich in allererster Reihe um Preußens eigene Sicherheit und diejenige Deutschlands. Daß dabei ein gesondertes Schleswig-Holsteinisches Heerwesen bestehen und daß ein solches der Preußischen Position an der Nordmark Deutschlands nur zur Stärkung gereichen kann, haben wir von vornherein behauptet. Um diese Wahrheit zu realisiren, bedarf es nicht der Personal-Union."

Der „Alt. Merk." setzt der Personal-Union eine längere Schutzrede für die staatliche Selbstständigkeit der Herzogthümer entgegen und bemerkt zuletzt:

„Wenn wir nun auch hoffen wollen, daß unsere billigen Wünsche erfüllt werden mögen, so können wir doch die Möglichkeit einer Einverleibung in Preußen nicht ganz außer Acht lassen, und da müssen wir erklären, daß nur die Real-Union uns genügen kann. Die traurigen Consequenzen, die ein solcher Zwitterzustand, wie die Personal-Union, unfehlbar mit sich führen würden, sind uns noch zu gut aus dem Verhältniß mit Dänemark im Gedächtniß. Das Schleswig-Holsteinische Volk ist zwar ein conservatives Volk im besten Sinne des Wortes, doch ist es auch einsichtig genug, um zu erkennen, daß nur der volle Anschluß an das größere Staatswesen, wenn dieser auch durch Aufopferung altherkömmlicher Institutionen und Rechte erkauft werden mußte, einzig und allein beiden Theilen zum Heil gereichen kann; gleiche Rechte, gleiche Pflichten!"

Endlich sagt die Flensburger „Nordd. Ztg.":

„Die Frage der Personal-Union selbst kann natürlich nicht mit wenigen Worten abgethan werden, umsomehr als es sich in politischen Dingen nicht um den starren Begriff, sondern stets um das Staatswohl handelt. Das Angebot, das von der Preußischen Regierung ausgeht, ist bei der Macht, die dahinter steht, nicht zu unterschätzen. Schleswig-Holstein selbst kann auf lange Jahre bleiben, wie es ist, ein provisorisches staatliches Stilleben entspricht der bedächtigen, langsam prüfenden, conservativen Natur der Bewohner, man soll sich nach Zank und Streit erst aneinander gewöhnen und sich gegenseitig schätzen lernen. Schleswig-Holstein behält seinen Landtag, seine Gesetze, seine Beamte, sein Militär und genießt den Schutz Preußens. Wir geben zu, daß an manchen Orten dieser Gedanke schon erwogen worden ist, vielleicht etwas Wurzel gefaßt hat. Wir selbst aber müssen jedenfalls, wie wir dies immer gethan, für die völlige Vereinigung Schleswig-Holsteins mit Preußen streiten, und da die Frage immer noch offen ist, so ist es vor Allem Pflicht des Preußischen Landtags selbst, zu sprechen und uns zu unterstützen, ja zur Personalunion neigende Schleswig-Holsteiner zur Rücksprache darüber aufzufordern. Ein offenes Wort, eine offene Darlegung der Gründe, welche, bei kurzem Uebergangsstadium, für die Realunion sprechen, ist von höchstem Gewicht. Wir sind nicht so doctrinär, um zu sagen: nichts oder die volle Vereinigung, da unser oberstes Gesetz die Verstärkung des Preußischen Staates auf seiner Bahn zum Sieg in der Deutschen Einheitsfrage ist und als Abschlagszahlung hiefür im Nothfall eine Personalunion gelten kann. Wenn die Personalunion heute käme, so werden wir sie annehmen müssen, um für die Realunion zu wirken, aber wenn schon bei Lauenburg die Vertretung des Preußischen Volks einen entschiedenen Widerwillen gegen jene Form der Vergrößerung des Staats gezeigt hat, so ist es nunmehr Pflicht, nicht hinter dem Berge zu halten, so lange noch zu hindern ist."

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses brachte der Handelsminister einen die Rechtsverhältnisse der Erwerbs- und wirthschaftlichen Genossenschaften betreffenden Gesetzentwurf und ein Stück aus der Wegeordnung ein.

Vor der gestrigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses hatte die Budget-Commission noch eine Sitzung um 10 Uhr, in der sie den Etat der Ausgaben des Finanzministeriums bis Titel 4 erörterte. Berichterstatter für diesen Etat ist der Abg. Michaelis. Gestrichen wurden, wie im v. J., 520 Thlr. Wartegelder für den Polizeirath Niederstetter, desgleichen 1500 Thlr. Wartegelder für den ehemaligen Polizei-Präsidenten von Berlin, Herrn von Zedlitz; desgleichen 3000 Thlr. Gehalt und 600 Thlr. Zulage für zwei neue Dirigentenstellen bei den Regierungen von Oppeln und Gumbinnen. (Titel 3 Besoldungen. Die Berathung über den allgemeinen Fonds von 300,000 Thlr. zu unvorhergesehenen Ausgaben wird ausgesetzt. Auf die Frage über die Verwendung des Fonds erklärt der Regierungscommissar, Geh. Ober-Finanzrath Mölle, daß die Rechnungen erst Mitte März abgeschlossen würden. Desgleichen wird die Berathung über Besoldungs-Verbesserungen (Tit. 4) im Betrage von 508,600 Thlr. ausgesetzt und beschlossen, den seit Jahren wiederholten Antrag auf Erlaß eines Pensionsgesetzes diesmal nicht zu wiederholen, sondern desselben nur im Bericht Erwähnung zu thun.

Die gestern gewählte Commission zur Berathung des Gesetzentwurfes über die Marineanleihe hat zum Referenten den Abg. Dr. Virchow ernannt. Schon bei Constituirung der Commission entspann sich eine lebhafte Debatte in Folge einer Anfrage Virchows, ob er in seinem Berichte auch die politische Seite der Frage heranziehen solle. Der Abgeordnete Stavenhagen sprach sich dafür aus, während der Abg. Jung energisch gegen die Hereinziehung der auswärtigen Frage protestirte. Ferner betheiligten sich an der Debatte noch die Abgg. Freje und Dr. Kosch, welche sich im Sinne Stavenhagens aussprachen. Die Commission stellte die Entscheidung dem Referenten anheim.

Die Preußische Marine-Verwaltung hat, wie der „Corr. Stern" berichtet wird, bei zwei Berliner Maschinenbauern Bestellungen gemacht, und zwar bei Herrn Borsig einen schwimmenden eisernen Dock und bei Herrn Egells zwei stehende Dampfmaschinen mit Pumpwerk für die trockenen Docks im Jade-Etablissement.

Vorgestern (Mittwoch) hielt der erste Criminalsenat des Obertribunals unter dem Vorsitze des Präsidenten v. Schlieckmann seine gewöhnliche Sitzung. Die Sitzung mußte jedoch gegen 12 Uhr aufgehoben werden, weil plötzlich eine Plenarsitzung der Criminalsenate des Obertribunals anberaumt worden war. Die Sitzung war wiederum, wie die frühere eine geheime, und soll wiederum die Angelegenheit der Abgeordneten Twesten und Frentzel zum Gegenstande gehabt haben. Den Vorsitz führte wiederum der Präsident Jähnigen — nicht wie irrthümlich in den Zeitungen behauptet ist, der Präsident v. Schlieckmann — und dürfte wohl die heute im Abgeordnetenhause bevorstehende Berathung des Hoverbeckschen Antrages Veranlassung dazu gegeben haben, da zu dieser Verhandlung der Justizminister eingeladen ist und jedenfalls nunmehr eine Auskunft über den Beschluß des höchsten Gerichtshofes ertheilen wird.

Am Dienstag ist hier vor dem Kammergericht der nachstehende Proceß zur Verhandlung gekommen, der in mehr als einer Beziehung von Interesse ist.

Die Sache heißt: „Ritter-Academie in Brandenburg contra Fiscus" und das Object ist ein jährlicher Zuschuß von 5400 Rg, den die Ritteracademie bis 1863 vom Staate erhalten hat und welchen sie auch jetzt noch weiter verlangt. Im Jahre 1862 hat das Abgeordnetenhaus den der Ritteracademie in Brandenburg bisher bewilligten Zuschuß von jährlich 5400 Rg trotz des dagegen erhobenen Widerspruchs des Cultusministers abgesetzt. Der Gegenstand hatte zu langen und gründlichen Verhandlungen in der Budget-Commission und später im Hause selbst Veranlassung gegeben, die endlich zu dem mit großer Majorität gefaßten Beschlusse geführt hatten. Die Gründe des Ministers erschienen dem Hause nicht zutreffend und so blieben die Budget-Commission und das Haus auch in den späteren Jahren trotz wiederholter Verhandlungen bei ihrem früheren Beschluß stehen. Die Ritteracademie resp. die Ritterschaft schien sich auch damit beruhigen zu wollen, wenigstens that sie in den ersten Jahren keinen Schritt in dieser Beziehung. Dagegen war das Ministerium nicht beruhigt, sondern stellte eine sogenannte Provocationsklage gegen die Ritterschaft zu dem Zweck an, daß dieselbe entweder ihre Ansprüche jetzt gerichtlich geltend machen möge oder zum ewigen Stillschweigen verpflichtet sei. Darauf hin klagte denn die Ritterschaft und zwar nicht blos für die Vergangenheit, sondern auch auf Feststellung ihres Anspruchs für die Zukunft, so daß es sich um ein Prozeßobject von mehr als 100,000 Rg handelt. In der ersten Instanz erklärte dann der Fiscus, daß die Regierung an sich mit der klägerischen Ritterschaft über das Recht derselben auf diesen Zuschuß ganz einverstanden sei, wie aus einer beigefügten, gedruckten Denkschrift hervorgehe, da die Regierung jedoch anerkenne, daß die Sache an sich für eine Rechtsentscheidung durch den Richter geeignet sei, so wolle sie eben das Urtheil abwarten. — Die Denkschrift, die dabei überreicht wurde, war zweifellos dieselbe, welche die Regierung schon im Abgeordnetenhause zur Vertheidigung dieses Zuschusses benutzt hatte. Die im Abgeordnetenhause zur Geltung gebrachten Gründe für das Wegfallen des Zuschusses hatte sich die Regierung nicht angeeignet und ihr Vertreter konnte sie daher auch dem Gerichtshofe nicht vorlegen. In der ersten Instanz wurde die Ritterschaft mit ihrem Anspruch abgewiesen und der Fiskus siegte — gegen seine eigene Ansicht — ob. Vorgestern, letzten Dienstag, kam nun, wie gesagt, die Sache in zweiter Instanz vor dem Kammergericht zur Verhandlung. Der Fiskus machte auch in dieser Instanz die Gründe des Abgeordnetenhauses für den Wegfall des Zuschusses nicht geltend und sein Vertreter bezog sich daher lediglich auf das Erkenntniß erster Instanz. Das Kammergericht hat nun entgegengesetzt der ersten Instanz erkannt und den Fiskus zur Weiterzahlung des Zuschusses von 5400 Rg für alle Zukunft an die Ritteracademie verurtheilt. Jetzt geht die Sache nun an das Obertribunal, falls der Fiskus dies thun will und zwar, da in den beiden Instanzen widersprechende Erkenntnisse ergangen sind, nichts blos als Nichtigkeitsinstanz, sondern zur nochmaligen sachlichen Verhandlung und Entscheidung.

Der Pastor Melcher zu Nordhausen im Kreise Königsberg, N.-M., hat dem Abgeordnetenhause eine Petition übersandt, welche dahin geht: „Das Haus der Abgeordneten bitte ich gehorsamst, für folgenden Gesetz-Entwurf die Initiative zu ergreifen: Im §. 84 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 werden die Worte „für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäfts-Ordnung (Art. 78)" gestrichen."

Die Post-Conferenz in Karlsruhe hat ihre Sitzungen

noch Beendigung der ihr vorgelegten Arbeiten geschlossen. Gleichzeitig wird mitgetheilt, daß ein Post-Vertrag mit Italien nicht vereinbart werden konnte, und die desfallsigen Unterhandlungen als abgebrochen zu betrachten sind.

Vor einigen Tagen sind mehrere Directoren von Schweizer Eisenbahnen hier eingetroffen, um wegen der Betheiligung Preußens an der St. Gotthardsbahn zu unterhandeln. Es sind die Herren Dr. Wilhelm Schmidlin, Director der Schweizerischen Centralbahn, und G. Stoll, Director der Schweizerischen Nordostbahn, welche diese Verhandlungen zur Zeit hier führen. Sie sind von den Ministern wiederholt empfangen worden, und es hat ihnen namentlich der Minister-Präsident Graf Bismarck entschieden seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, auch Preußischerseits für das Zustandekommen der Bahn nach Kräften einzutreten, er hat aber zu gleicher Zeit denselben zu erkennen gegeben, wie die Verhältnisse zur Landesvertretung im Augenblicke es der Regierung unmöglich machten, in directer Weise mit Geldmitteln für das Project einzutreten. Die Italienische Regierung hat nun aber ihre Betheiligung bei der Aufbringung der für die Bahn erforderlichen Capitalien davon abhängig gemacht, daß auch die Zollvereinsstaaten sich in gleicher Weise betheiligen und deshalb sind die hier im Augenblicke geführten Verhandlungen für das ganze Project maßgebend.

Der Herzog von Coburg hat seine für den bevorstehenden Sommer beabsichtigte Reise nach dem Kaukasus aufgegeben.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (8. Februar.) Eröffnung 1¼ Uhr. Die Tribünen sind stark besetzt. Am Ministertisch der Handelsminister Graf Itzenplitz und der Kriegsminister von Roon; außerdem mehrere Regierungs-Commissare.

Präsident Grabow theilt die Namen der Mitglieder mit, welche in die Commissionen für den Mehrbedarf der Marine und das Güterrecht der Ehegatten im Bezirk des Justizsenats zu Ehrenbreitstein gewählt sind. Die Mitglieder der Commission für die Regierungs-Vorlage, betreffend den Mehrbedarf der Marine sind: v. Carlowitz (Vorsitzender), Dr. Kosch (Stellvertreter), Cornely (Schriftführer), Wietzker (Stellvertreter), Jung, Virchow, Wachler, Duncker, v. Saucken-Tarputschen, Kerst, Hinrichs, Kreuz, Harkort I., Frese, Kropff, Schmidt (Randow), Papendieck, Stavenhagen, Schulze (Berlin), Muhlenbeck, Richter. — Die Mitglieder der Commission für die Regierungs-Vorlage, betreffend das Güterrecht der Ehegatten u. s. w., sind: Frech (Vorsitzender), v. Beughem (Stellv.), Riesenstahl (Schriftführer), v. Kleinsorgen (Stellv.), Hahn (Wetzlar), Dahlmann, Bering, Westermann, Dopfer, Selten, Leue, Winckelmann (Recklinghausen), Henrici, Fischbach.

Präsident Grabow theilt ferner mit, daß seit der letzten Sitzung an das Haus gelangt sind: eine Zuschrift eines Rentier Röhl mit dem Postzeichen Brandenburg a. d. Havel, die Redefreiheit der Abgeordneten betreffend. Ein Volk, heißt es darin, welches sich die Preß- und Redefreiheit nehmen lasse, sei der Freiheit nicht werth. (Hört, hört!) Ferner ein Telegramm aus Hildesheim von dortigen Bürgern, die dem Hause ihre Sympathie ausdrücken; ein anderes Telegramm eines Herrn Rudolph Havelmann, Privatier aus Villa Stadler, die Union Lauenburgs mit der Krone Preußen betreffend, worin dem Landtage Mangel an Patriotismus vorgeworfen wird; endlich ein Protest des conservativen Vereins zu Magdeburg gegen die beiden Eröffnungsreden des Präsidenten vom 15. und 17. Januar, unterzeichnet von dem Vorsitzenden Dr. Weber, und zwar lediglich von ihm.

Nachdem der Handelsminister (wie bereits in vor. № mitgetheilt) den Gesetzentwurf über die Ausdehnung des Verkehrs der Preußischen Bank auch an außerpreußischen Orten in Deutschland eingebracht, folgt die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder Berger (Solingen), Jeschke, Graf Potulicki und Wegeli. Darauf beantwortet der Kriegsminister die Interpellation betreffs der für das Jadegebiet octroyirten Verordnungen, so wie die Interpellation wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedensstandes. In Bezug auf beide Gegenstände verweisen wir auf den vorläufigen Bericht in voriger №.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission für Handel und Gewerbe über die Petition des Vorsitzenden des „Berliner Arbeiter-Vereins" Bandow, um Erlaß eines neuen, den Anforderungen der Gegenwart entsprechenden und allen Staatsbürgern gleiche Rechte gewährenden Paßgesetzes. Der Antrag der Commission lautet auf Ueberweisung der Petition an die Königliche Staatsregierung zur Berücksichtigung.

Referent Abg. Dr. Becker (Dortmund): M. H.! Die uns vorliegende Petition ist hauptsächlich darauf gegründet, daß durch die Handhabung der Paßgesetzgebung die arbeitenden Classen am meisten belästigt werden und daß ihnen dadurch eine Menge Zeit geraubt wird, die sie sonst sehr nützlich verwenden könnten. (Redner verliest verschiedene Passus aus der Petition.) Bei unserer Paßgesetzgebung ist der Umstand bemerkenswerth, daß zwei verschiedene Institute bestehen; eines für die höheren Stände und eines für die niederen. Stoßen Sie sich nicht an dem Ausdruck „höhere und niedere Stände"; ich habe ihn nicht hineingebracht; er ist entnommen dem Gesetz und den Regulativen über die Handhabung desselben. So kommt es denn, daß das Gesetz für die Einen eine absolute Wohlthat, für die Andern eine absolute Plage ist. Unser heutiges Paßverfahren gegen Arbeiter und Handwerker ist dasselbe, wie es vor 200 Jahren gewesen ist, obgleich es im Geiste der alten Preußisch-Brandenburgischen Gesetzgebung liegt, daß man keinen Paß nöthig hat. In einer Visitations-Ordnung vom Jahre 1720, die gegen „Bettler und Landstreicher" gerichtet ist, ist ausgesprochen, daß der bloße Mangel eines Passes nicht verdächtig machen kann. Zur Zeit, als die Landsknechte raubend und brennend das Land durchzogen, wurden, da sie die öffentliche Sicherheit gefährdeten, besondere Bestimmungen erlassen, daher scheinen denn auch die Beschränkungen zu stammen, welche gegen die freie Bewegung der Handwerksburschen gerichtet sind. In einer Verordnung aus dem Jahre 1701 wird unter der Rubrik: „Arme und Bettler" auch der Handwerksburschen gedacht, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährden, wo sie in großen Massen auftreten. In derselben Zeit wurden auch besondere Beschränkungen gegen die Juden erlassen, welche ebenfalls ohne Paß nicht durch das Land ziehen durften, weil sie sonst die öffentliche Sicherheit gefährden konnten. — Unser jüngstes Paßgesetz scheint von demselben Gedanken ausgegangen zu sein, daß der Handwerksbursche ein gefährlicher Mensch ist, indem es nicht unterscheidet zwischen einem abgedankten Söldner von damals und einem reisenden Handwerksburschen von heute. Das Paßgesetz von 1817 stellt drei Classen von Menschen auf, die eines Passes bedürfen: 1) Handwerksgesellen; 2) solche, die mit der ordinären Post reisen, und 3) Juden, die nicht Staatsbürger sind. Hierzu kommt dann noch die Polizei-Bestimmung, daß Jeder, der einen Paß hat, sich denselben visiren lassen muß, wenn er sich 24 Stunden an einem Orte aufhält. Der Grund, der für diese lästigen Bestimmungen angegeben wird, ist der, daß man unbescholtenen Reisenden ein sicheres Legitimationsmittel durch den Paß geben, den Bescholtenen aber die Bewegung erschweren und sie durch das Visiren der Pässe in ununterbrochener Berührung mit der Polizei bringen wollte. — Im Jahre 1833 ist nun noch ein besonderes Regulativ für die Handhabung der Paßgesetzgebung den Handwerksburschen gegenüber erschienen, welches, auch davon ausgehend, daß sie das Publikum belästigen und die Sicherheit gefährden, ihnen eine Unmasse Schwierigkeiten und Beschränkungen in den Weg legt; sie müssen z. B. ein ärztliches Attest über ihren Gesundheitszustand beibringen, dürfen nicht über 30 Jahre alt sein, nicht länger als 5 Jahre auf der Wanderschaft sich befinden, müssen eine vorgeschriebene Menge Kleidung und Wäsche und 5 Rt. baares Geld aufweisen ꝛc. Da sie es nun wegen dieser Beschränkungen im Innern bald vorzogen, sich nach dem Auslande zu wenden, sorgte der Deutsche Bundestag durch einen im J. 1835 gefaßten Beschluß dafür, den Uebertritt der Handwerksburschen über die Grenze der Deutschen Länder zu verhindern und außerdem auch noch die Bewegungen im Innern zu erschweren. So wurde unter Anderem auch das Reisen nach der Schweiz verboten. — Von allen diesen Bestimmungen ist bis heute nichts Wesentliches geändert. (Hört! hört!) Nur die Juden haben die lästigen Beschränkungen im Jahre 1847 abgeschüttelt, für die Handwerksburschen sind sie beibehalten worden. Dazu kommt, daß die Lage für die Handwerker noch schlimmer geworden, und das Bedürfniß zu wandern noch größer ist, als früher. — Eine Frage, die mir nun entgegengehalten werden kann, ist die, ob die betreffenden Bestimmungen in Wirklichkeit noch gelten, oder ob sie obsolet sind. M. H., darüber ist kein Zweifel, daß die Gesetze noch bestehen und angewandt werden können: es kann aber auch darüber kein Zweifel sein, daß die Regierung die Absicht hat, dieselben anzuwenden. Noch im Jahre 1856 hat die Regierung zu Cöslin eine Verfügung an die Unterbehörden erlassen, worin sie dieselben auffordert, die größte Strenge bei der Handhabung der Bestimmungen obwalten zu lassen. Die Staatsregierung sagt nun zwar, daß sie beabsichtige, ein für alle Staatsbürger gleichmäßiges Paßgesetz vorzubereiten; aber bei der Solidarität der Deutschen Polizei ist es Angesichts des noch im Jahre 1863 zwischen Hannover und Sachsen zu Stande gekommenen Paßvertrags mehr als zweifelhaft. — M. H. Der Geist dieser polizeilichen Maßregeln steht im Widerspruch mit dem Geist unserer Verfassung, die Verfassung hebt die Standesunterschiede und Vorrechte auf und garantirt die persönliche Freiheit Aller; die Paßgesetze aber stellen das elementarste Erforderniß derselben in Frage, die Befugniß der freien Bewegung, indem sie dieselbe abhängig machen von dem guten Willen und Belieben der Polizei. Die Petenten verlangen also nur ihr gutes Recht, sie wünschen die Aufhebung der Beschränkungen, welche ihnen die Möglichkeit zur Erwerbung ihres Lebensunterhaltes erschweren. Seit drei Jahren können wir gewisse Bestrebungen der Staatsregierung bemerken, die es zweifelhaft machen, ob die Staatsregierung oder ein anderer großer Theil der Bevölkerung irre geführt wird, indem sie Mögliches oder Unmögliches, Zulässiges und Unzulässiges untereinander mengt, und sie hat auch hier nicht das Geringste dazu beigetragen, die Ansicht zu zerstreuen, daß sie auch bei dieser Sache im Trüben zu fischen gedenke. Was hilft den Arbeitern alles Coalitionsrecht, wenn sie nicht das Recht haben, sich physisch von einem Orte zum anderen zu bewegen, wenn sich die Polizei vorbehält, dabei erst ihre Verhältnisse zu prüfen? Obsolet dürften die Bestimmungen wohl noch nicht sein, wenn man bedenkt, daß unter dem Ministerium Eulenburg noch eine Bestimmung erlasse worden ist, daß jeder Arbeiter, der in Berlin 3 Tage arbeitslos ist, auf den Schub gebracht werden soll. Nehmen Sie deshalb, m. H., meinen Antrag an und verhelfen Sie den Arbeitern zu ihrem Recht. (Bravo).

Reg.-Commissar Geh. Rath Wenzel. Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung gegenwärtig mit einer Revision des Paßwesens beschäftigt ist und die vorhandenen Mißstände, die noch an ihm haften, sei es auf legislativem, sei es auf administrativem Wege, zu beseitigen suchen wird. — Abg. Wagener (Neustettin). Ich und meine Freunde sind zwar mit dem Antrage der Commission einverstanden, wollen uns jedoch nicht durch unsere Abstimmung für das noch zu erlassende Coalitionsgesetz präjudiciren lassen. — Abg. Dr. Becker. Durch die soeben gehörte Erklärung des Reg.-Commissars stellt sich die Sache ganz anders. Ich selbst zwar nicht, aber die Commission hat geglaubt, die Regierung werde in allernächster Zeit eine Gesetzesvorlage über das Paßwesen bringen; das wird nun wieder durch die Erklärung des Reg.-Commissars in weite Ferne gerückt. — Reg.-Commissar Geh. Rath Wenzel. Ich habe in der Commission die Erklärung abgegeben, daß die Regierung in dieser Session eine Vorlage dem Hause machen zu können hoffe. — Abg. Graf Schwerin. Die heutige Erklärung des Regierungs-Commissars ist von der in der Commission abgegebenen wesentlich verschieden. Heute ist von Beseitigung der Mißstände auf legislativem oder administrativem Wege die Rede. Ich meine nun doch, daß die Zeit, den letzteren zu betreten, längst vorüber ist, nachdem eine Gesetzesvorlage schon vor mehreren Jahren zwischen Regierung und Landesvertretung so gut wie zum Abschluß gebracht war und das Zustandekommen des Gesetzes nur an einer vereinzelten Bestimmung gescheitert ist. Heute kann die Sache nur noch auf dem Wege der Gesetzgebung erledigt werden. (Zustimmung.) — Der Antrag der Commission wird einstimmig angenommen. — Es folgt Bericht der Petitions-Commission über die Beschwerde des Destillateurs Reinsch zu Sagan wegen Versagung der Concession zum Kleinhandel mit Getränken. Sie wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die Berathung über die beiden Petitionen des Kirchenrathes der katholischen Gemeinde zu Birresborn wegen Bewilligung des Staatsgehaltes für seinen Pfarrer und die des Bauerhofsbesitzers Latzke wegen ihm widerfahrener Verweigerung des Abendmahls wird auf Antrag des Abg. Richter ausgesetzt, weil sie die Anwesenheit des Cultusministers verlangt. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Danzig, 7. Februar. Eine gestern Abend behufs Besprechung des Obertribunalsbeschlusses vom 29. Januar c. zusammenberufene Versammlung war trotz des sehr ungünstigen Wetters so zahlreich von Wählern aus dem Stadt- und Landkreise besucht, daß die weiten Räume des Schützenhauses nicht Alle zu fassen vermochten. Zwei Beamte des Königlichen Polizeipräsidiums waren zur Ueberwachung der Versammlung abgeordnet.

Herr Dr. Lievin eröffnete die Verhandlung mit der folgenden kurzen Ansprache: Heute vor 16 Jahren beschwor König Friedrich Wilhelm IV. vor den versammelten Kammern im Königlichen Schlosse die am 31. Januar 1850 zu Stande gekommene Verfassung mit den Worten: „Jetzt aber, indem Ich die Verfassungsurkunde kraft Königlicher Machtvollkommenheit hiermit bestätige, gelobe ich feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen, die Verfassung Meines Landes und Reiches fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihr und den Gesetzen zu regieren. Ja, ja, das will Ich, so Gott Mir helfe. Die Versammlung sei heute berufen worden, um der Ueberzeugung des Volkes in Bezug auf den letzten Beschluß des Königlichen Ober-Tribunals Ausdruck zu geben. Artikel 84 der Verfassung laute: „Die Abgeordneten können für ihre Abstimmung in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf den Grund der Geschäfts-Ordnung zur Rechenschaft gezogen werden." Wie die Versammlung wisse, habe das Königliche Ober-Tribunal eine andere Auffassung über den Sinn des Art. 84 gefunden, als die, welche im Rechtsbewußtsein des ganzen Preußischen Volks lebe. Vor dem Beginn der Discussion richte er die Bitte an die Versammlung, ihrer Meinung in einer möglichst ruhigen Weise Ausdruck zu geben. Von welchen Empfindungen man auch bewegt sei, man möge der Debatte keinen stürmischen Charakter geben. Sie müsse vielmehr den Stempel der unerschütterlichen Ueberzeugung besonnener Männer tragen, die sich ihres Rechtes bewußt sind und mit Kaltblütigkeit ihre Entschlüsse gefaßt haben. (Bravo.) Der zum Vorsitzenden berufene H. Rickert stellt nach einer kurzen Besprechung des Beschlusses des Königlichen Obertribunals den Antrag, eine Adresse an das Abgeordnetenhaus abzusenden. Der vorliegende Entwurf derselben sei nur ein sehr abgeschwächter Ausdruck der hier herrschenden wirklichen Stimmung; eine solche Adresse, die dieser wirklichen Stimmung entspreche, würde schwerlich bis nach Berlin gelangen. (Die „Danz.-Ztg." erklärt, vorläufig außer Stande zu sein, den Wortlaut der Adresse mitzutheilen, da die zum Circuliren bestimmten Druckexemplare derselben auf Anordnung des Königl. Polizeipräsidiums mit Beschlag belegt sind).

Nach Verlesung der Adresse machte Herr v. Rottenburg den Vorschlag, sie ohne Discussion anzunehmen; die Sache liege so einfach, daß es keiner weiteren Erörterung bedürfe. Die Versammlung stimmt dem zu und wird die Adresse darauf, wie durch die Gegenprobe bei der Abstimmung unter anhaltendem Bravo der Versammlung constatirt wird, einstimmig angenommen. Ueber die Art der Absendung entspann sich eine kurze Discussion. Es wurde beschlossen in den nächsten Tagen so schnell als möglich Unterschriften zu sammeln. Es wurde bei dieser Gelegenheit von einem Mitgliede der altliberalen Partei constatirt, daß auch Mitglieder der gemäßigt liberalen Partei in der Versammlung anwesend seien und daß sie sich ebenfalls gern der Sammlung von Unterschriften unterziehen würden.

Alsdann wurde der Antrag eingebracht, die Versammlung möge sofort ein Comité erwählen, welchem die Aufgabe gestellt werden soll, die Vorbereitungen für die in diesem Jahre bevorstehenden Abgeordnetenwahlen zu treffen und die erforderlichen Mittel baldigst aufzubringen. Zur Begründung wurde angeführt, daß die liberale Partei in den letzten Jahren an Rührigkeit den Conservativen nachgestanden habe und daß es endlich Zeit sei, eine festere Organisation zu schaffen. Es genüge bei den nächsten Wahlen nicht, wie bisher die Majorität zu erhalten. Die liberale Partei müsse den Beweis führen, daß ihre Anhänger sich trotz der Bestrebungen der Gegner ansehnlich vermehrt hätten. Dieser Beweis sei, wenn die liberale Partei nur wolle, sehr leicht zu führen. Die Ereignisse der letzten Jahre hätten die Erkenntniß über unsere traurige Lage auch in die weitesten Kreise gebracht. Nach kurzer Debatte wird der Antrag angenommen und ein Comité gewählt. Mit einem dreimaligen Hoch auf das Abgeordnetenhaus wurde die Versammlung geschlossen. (Danz. Ztg.)

Flensburg, 6. Februar. Auf dem Schlachtfeld bei Oeversee fand heute Morgen eine Gedenkfeier für die vor 2 Jahren daselbst gefallenen Oesterreicher statt. Das hier garnisonirende Füsilierbataillon war dorthin abgegangen; die hiesige Generalität mit dem Officiercorps, die von dem Statthalter v. Gablenz zur Feier abgeordnete Deputation und der hiesige Magistrat umstanden den vor dem Denkmal errichteten Feldaltar. Nach der Gedenkrede brachte der Gouverneur v. Manteuffel ein Hoch aus auf das Oesterreichische Kaiserhaus und auf die Waffenbrüderschaft mit der tapfern Oesterreichischen Armee. (Nordd. Ztg.)

Stuttgart, 8. Februar. Der „Württembergische Staats-Anzeiger" meldet: Der König ertheilte gestern dem Handelsvertrage zwischen dem Zollvereine und dem „Königreiche Italien" seine Zustimmung. (T. D.)

Frankfurt a. M., 8. Februar, Abends. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung berichtete die Reclamations-Commission über die Beschwerde des Rostocker Magistrats in der Angelegenheit des Nationalvereins und beantragte in der Hauptsache, die Versammlung möge sich für incompetent erklären. Die Abstimmung soll in vierzehn Tagen erfolgen. (W. T. B.)

Oesterreich.

Wien, 7. Febr. Der „Presse" zufolge schwebt in Betreff der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten den Pesther Stimmführern folgender Lösungsmodus vor: Es sollen diese Angelegenheiten möglichst genau definirt werden; ob die Verwaltung der Staatsschuld und das System der indirecten Steuern dem Kreise derselben unbedingt beizuzählen sei, oder ob nicht in dieser Hinsicht gewisse Vorbehalte zu stellen seien, wird vielseitig und verschiedenartig ventilirt. Jeder Gesetzentwurf bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten sei gleichzeitig an den Ungarischen Landtag und den für die westleithanischen Kronländer bestehenden Vertretungskörper zu richten. Im Falle der Uebereinstimmung beider Parlamente sei nur noch die Sanction der Krone erforderlich. Im Falle der Divergenz habe eine Delegation zusammenzutreten, welcher, abermals unter Vorbehalt der Sanction des Monarchen, die Entscheidung nach der Majorität zustehe. Die „Presse" bemerkt dazu: „Hier hätten wir also das Princip der Parität, erstrebt auf dem Wege der vollkommenen Gleichstellung beider Vertretungskörper, und zugleich die Verlebendigung des berühmten Wortes: von Fall zu Fall. Die paritätische Delegation wäre demnach blos eine außerordentliche, so zu sagen schiedsrichterliche Instanz. Schon heute sehen wir ein officiöses Blatt gegen die Institution eines derartigen Schiedsgerichts für Reichs-Angelegenheiten Front machen, und wir können uns in der That dem Ernste der diesfalls vorgebrachten Argumente nicht verschließen. Einen schwerfälligeren und die diesseitige Reichshälfte mehr zurücksetzenden Modus können wir uns nicht denken, als den oben skizzirten. Aber fragen müssen wir das officiöse Blatt, ob die Constituirung der Monarchie nicht ein „Gesetz" im eminentesten Sinne des Wortes ist. Wenn nun nach der Logik des gedachten Blattes Reichs-Gesetze auf dem Delegationswege niemals zu Stande kommen können und sollen, wie kann man vernünftigerweise daran denken, daß die Constituirung der Monarchie durch die neue freie Vereinbarung von zwanzig Landtagen erstehen soll? Und wer sind denn die legalen Vertreter der diesseitigen Königreiche und Länder?"

Pesth, 8. Februar, Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Adreßentwurf verlesen. Derselbe dankt für die in der Thronrede ausgesprochenen constitutionellen Gesinnungen des Monarchen, für die in derselben eröffnete Aussicht einer baldigen Beendigung der bisherigen Lage Ungarns, für die Annahme der pragmatischen Sanction als Ausgangspunkt, und für die Anerkennung der Integrität der Ungarischen Krone. Der Landtag werde dahin streben, daß der Wille des Königs und die berechtigten Wünsche der Nation in Einklang gesetzt und zusammen verwirklicht werden. Die pragmatische Sanction habe die Einheit und Untheilbarkeit der Monarchie, aber auch die staatsrechtliche Unabhängigkeit und administrative Selbstständigkeit Ungarns festgestellt; beide stünden miteinander nicht im Widerspruche, und es sei nun die Aufgabe, beide mit einander in Einklang zu bringen. Die Adresse erkennt an, daß es Verhältnisse gebe, welche Ungarn gemeinschaftlich mit den übrigen Ländern der Monarchie interessiren. Der Landtag werde bestrebt sein, bezüglich deren Feststellung und Behandlungsart solche Bestimmungen ins Leben zu rufen, welche ohne Gefährdung der Selbstständigkeit Ungarns dem Zwecke entsprechen werde. Ein hierauf bezüglicher Vorschlag werde unverzüglich ausgearbeitet werden. Die Adresse drückt ihre Freude darüber aus, daß alle Länder verfassungsmäßig regiert werden sollen; die verfassungsmäßige Freiheit der transleithanischen Länder sei die Stütze der Freiheit Ungarns: „Wir wollen, wird gesagt, mit den anderen Ländern der Monarchie wie eine selbstständige, freie Nation mit der anderen unter Wahrung unserer und ihrer Unabhängigkeit in Berührung treten." Das October-Diplom habe die Verfassungsmäßigkeit in der ganzen Monarchie eingeführt, jedoch habe die Ungarische Verfassung ihren Ursprung nicht in demselben, und Ungarn würde durch Annahme des Diploms die Grundrechte seiner Verfassung vernichten. Das Februar-Patent würde die Gefahren des October-Diploms nur noch erschweren. Der Ungarische Landtag, heißt es weiter, wird bemüht sein, Vorschläge zu machen, welche die Selbstständigkeit Ungarns wahren und den Lebensbedingungen der Monarchie entsprechen. Die Adresse erklärt, daß der Landtag, wie er dies bereits im Jahre 1861 ausgesprochen habe, bereit sei, auf die Revision der Gesetze von 1848 einzugehen. Gleichzeitig wird jedoch um Restituirung der Gesetze und der Krönung gebeten, durch welche erst der Gesetzgebung die Modificirung von Gesetzen ermöglicht werde. Die Adresse dankt für die Berufung der Landtage Croatiens, Slavoniens und Siebenbürgens, spricht jedoch ihr Bedauern darüber aus, daß nicht auch die Vertreter Dalmatiens vom Kaiser einberufen worden seien, bittet um die Berufung der Vertreter von Fiume und der Militärgrenze, um Amnestirung aller politischen Verurtheilten, betont die Rechtscontinuität und bittet im Sinne der Ungarischen Gesetze um eine parlamentarische Regierung, um ein verantwortliches Ministerium für Ungarn und um Wiederherstellung der Landesmunicipien. Ein verantwortliches Ministerium würde das Vertrauen der Krone und der Nation besitzen und den Ausgleich erleichtern. Die Adresse schließt: „Möge Ew. Majestät überzeugt sein, daß unsere Anhänglichkeit an unsere Verfassung und unsere Anhänglichkeit an das Königliche Haus, welches unsere Nation auf Grund der Verfassung freiwillig und frei auf den Ungarischen Thron erhoben hat, aus einer und derselben Quelle entspringt — aus der reinsten Quelle der Pietät."

Italien.

Florenz, 8. Februar, Vormittags. In Folge der im Spanischen rothen Buch enthaltenen bedenklichen Erklärungen

des Madrider Cabinets in Bezug auf das Königreich Italien hat das Florentiner Cabinet eine energische Note nach Madrid abgehen lassen. (W. T. B.)

Frankreich.

Paris, 6. Februar. Die „Presse" kann nicht umhin, aus dem berühmten Briefe des Kaisers an den General Forey den großen Charakter der Mexikanischen Expedition, wie er dem Kaiser damals vorschwebte, nachzuweisen. Es handelte sich, nach den eignen Worten Napoleons III., um Errichtung einer Monarchie in Mexiko, die der lateinischen Race als Damm gegen das Ueberfluthen des angelsächsischen Elementes dienen sollte. Der mit so schweren Unkosten gebaute Damm zeige sich aber nicht stark genug, um der andringenden Fluth zu widerstehen. Es bleibe also nur die kleine Seite des Unternehmens, die Entschädigung für gewisse Forderungen übrig, und für sie verlohne es sich wahrlich nicht, nach Allem an der Expedition festzuhalten. Es sei thöricht, wie der „Constitutionnel" thue, den ursprünglichen Charakter der Intervention jetzt ängstlich in Abrede zu stellen; man müsse vielmehr die Größe der gebrachten Opfer durch die Größe des angestrebten Zieles entschuldigen, zugleich aber offen erklären, daß man den Plan als einen an unvorhergesehenen Zwischenereignissen gescheiterten aufgebe. „Allerdings ist es peinlich, so viel Geld ausgegeben, so viel Menschen geopfert zu haben, um einen Thron zu errichten, der unsere Intervention nicht überdauern wird, allerdings ist es peinlich, daß uns von der ganzen Expedition keine andern fühlbaren Ergebnisse, als zwei Anleihen von zusammen 340 Mill. und die Erhaltung unserer hundertjährigen Freundschaft mit der großen Amerikanischen Republik übrig bleiben. Aber je schlimmer die Lage ist, um so nothwendiger ist es, aus ihr herauszukommen, ehe sie durch tägliche Conflicte vollends unhaltbar wird. Die Lehre ist kostspielig, aber nicht zu theuer bezahlt, wenn Frankreich sie sich zu Nutzen macht. Es wird ein hinreichender Ersatz darin liegen, wenn es endlich auf die Abenteuerpolitik in der Ferne verzichtet und, anstatt sich durch die Jagd nach trügerischen Projecten von seinen inneren Angelegenheiten abziehen zu lassen, fortan in der Begründung seiner Freiheit und seiner inneren Wohlfahrt den Trost für solche enttauschte Erwartungen findet."

Paris, 7. Februar. Die Oppositions-Deputirten haben beschlossen, die Regierung wegen Mexikos nicht in Verlegenheit zu setzen. Thiers hat den Rath ertheilt, die Angelegenheit fallen zu lassen. Staatsminister Rouher wird übrigens jede Antwort auf Interpellationen wegen dieser Angelegenheit verweigern, um nicht die obschwebenden Verhandlungen zu compromittiren.
(Tel. d. Hamb. Nachr.)

Belgien.

Brüssel, 8. Februar, Nachm. Der Senat beschloß in heutiger Sitzung mit 33 Stimmen gegen 15, die Todesstrafe beizubehalten. Der Justizminister hatte vorgängig erklärt, er sehe in der Streichung derselben aus dem Straf-Codex keine Gefahr. (W. T. B.)

Locales und Provinzielles.

* **Stettin,** 9. Februar. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Stargard-Posener Eisenbahngesellschaft wurde mit 169 gegen 22 Stimmen die dauernde Vereinigung der Verwaltung dieser Bahn mit der Oberschlesischen Eisenbahn gegen eine Verzinsung der Actien von 4½ pCt. pr. Anno beschlossen. In der Zahl der oben abgegebenen Stimmen sind die des Staates nicht einbegriffen. Der Staatscommissarius erklärte nach der Zählung, daß er mit seinen Stimmen (32) ebenfalls für „Ja" stimme. — Ein Actionair beantragte, daß für das verflossene Jahr von der Oberschlesischen Bahn den Actionairen der Stargard-Posener 5½ statt 4½ pCt. vergütet werden möchten, zog jedoch seinen Antrag zurück, als der Staatscommissarius im Namen der Verwaltung der Oberschlesischen Bahn erklärte, daß letztere darauf nicht eingehen werde.

* **Stettin,** 9. Februar. In der gestrigen Sitzung des Bürger-Vereins wurde die laut Beschluß der vorigen Versammlung von sieben Hausbesitzern entworfene Petition bezüglich der Reorganisation des Statuts der hiesigen Feuersocietät, als den Intentionen des Vereins nicht entsprechend, bei Seite gelegt und beschlossen, es bei der vor 8 Tagen ausgesprochenen Resolution zu belassen. — Ueber den Inhalt der Broschüre des Baron Puttkammer: „der neue Central-Güterbahnhof in Hinterpommern bei Stettin" erhebt sich eine kurze Debatte. Wir halten es nicht für nöthig, die für und wider geltend gemachten Gründe wiederzugeben, da sie ohne Situationsplan unverständlich sind, und da das ganze Project zu spät kommt, um irgend welche Chancen für sich zu haben. — Die Fragen wegen des Krankenhausbaues, der Verlegung des Berkhoffschen Stiftes nach Grünhof, so wie wegen Errichtung der Fleischerbuden auf dem Krautmarkt am Abend vor dem Wochenmarkt, werden als bereits früher erledigt ohne Erörterung bei Seite gelegt. — Hinsichtlich der abermals in Anregung gebrachten Schutzvorrichtung vor den Oberausfällen zur Verhütung des Hinabrollens von Wagen in das Wasser spricht sich die Versammlung dahin aus, daß die Ausdehnung solcher Vorrichtungen auf alle Ausfälle im Interesse der öffentlichen Sicherheit dringend wünschenswerth erscheine. — Die Erörterung einer Frage, welche es rügt, daß die Insassen des Arbeitshauses nur je einen Arbeitsanzug besitzen, während die Armenhäusler deren drei haben, wurde, da sich der Antragsteller nicht meldete, bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Mannigfaltiges.

Das Schlesische Städtchen Ottmachau ist in der Nacht vom 6. zum 7. Febr. durch eine furchtbare Feuersbrunst bei heftigem Sturme heimgesucht worden. Das Kramstasche Mühlen-Etablissement, wojelbst das Feuer ausbrach, und 33 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden.

Banken und Geldmarkt.

Paris, 8. Februar, Nachmittags. Nach dem heute erschienenen Bankausweise haben sich vermehrt der Baarvorrath um 17⅔, die laufenden Rechnungen der Privaten um 22 Millionen Frs.; dagegen haben sich vermindert das Portefeuille um 15⅘, die Vorschüsse auf Werthpapiere um 7/10, der Notenumlauf um 30⅘, das Guthaben des Schatzes um ⅘ Mill. Frs. (W. T. B.)

London, 8. Februar. Nach dem heute erschienenen Bankausweise beträgt der Notenumlauf 21,016,200 (Abnahme 47,025), der Baarvorrath 13,056,993 (Abnahme 108,487), die Noten-Reserve 5,906,320 (Abnahme 30,580 £). (W. T. B.)

Telegramme der Ostsee-Zeitung.

(Von Wolffs telegraphischem Büreau.)

Paris, 9. Februar. Der „Moniteur" veröffentlicht eine Depesche Montholons an Drouyn vom 23. Jan. Montholon giebt darin Rechenschaft von den Schritten, welche er in Folge der Ereignisse von Bagdad gethan, und erklärt, die Unions-Regierung habe alle Maßregeln beschlossen, welche constatiren, sie sei durchaus entschlossen, sich nicht durch Flibustier und Agenten Juarez's in einen Conflict mit Frankreich hineinziehen zu lassen.

Berlin, 9. Februar. Abgeordnetenhaus. Am Ministertisch Bodelschwingh, Mühler, Lippe, später Selchow und Bismarck. Der Cultusminister beantwortet die Interpellation Kleinsorgen's betreffend die Einrichtung einer Juristen-Facultät an der Academie zu Münster ablehnend; es sei kein Bedürfniß neuer Juristenfacultäten vorhanden. Es folgt der Antrag von Hoverbeck's. Referent Forckenbeck: Die Volksvertretung dürfe den Beschluß des Obertribunals, weil der Verfassung widersprechend, nicht ignoriren. Auf Grund des Artikels 84 der Verfassungsurkunde seien die bisherigen Anklagen gegen Abgeordnete wegen ihrer in der Kammer gehaltenen Reden zurückgewiesen; er erinnert an Fall von Simson im Jahre 1856, an den Plenarsenatsbeschluß des Obertribunals von 1864, an das Schreiben des Staatsministeriums von 1863, welches die Rechtsbeständigkeit des Artikels 84 anerkannte, und an die Entstehungsgeschichte des Artikels. Der Justizminister verlangt das Wort. Grabow will dasselbe zuvor dem Correferenten ertheilen. Bismarck protestirt und wahrt das Recht er Minister, jeder Zeit gehört zu werden. Nach Erörterungen zwischen Grabow und Bismarck ertheilt Grabow dem Justizminister das Wort, welcher unter Wahrung seines verfassungsmäßigen Rechts darauf verzichtet, Der Correferent verzichtet gleichfalls, indem er sich das Wort zum Schluß vorbehält. Justiz-Minister: Bislang ist der Wortlaut des Beschlusses weder mir noch den Antragstellern bekannt. Sie werden nicht verlangen, daß ich mich an diesem Kampf im Finstern betheilige. Auf meine Anordnung klagen die Staats-Anwalte die Abgeordneten Twesten und Frentzel an. Das Haus ist nicht berechtigt diesen Beamten aus ihrer Pflichterfüllung einen Vorwurf zu machen. Diese Angriffe können nur mich treffen. Ich werde mir das Recht, Aufklärungen über die Bestimmungen der Verfassung durch einen Entscheid des Obertribunals herbeizuführen, nicht verkümmern lassen. Es liegt keine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse seitens des Obertribunals vor. Ein Ausspruch des Hauses hierüber wäre ein Eingriff gegen Artikel 86 der Verfassung. Der Antrag des Referenten ist geeignet, zur Gewaltthätigkeit gegen die Gerichte aufzureizen. Dafür sei der Antragsteller verantwortlich. Es sei wohlbekannt, wie die Staatsregierung gewillt sei, solchen Schritten entgegenzutreten. Bei Meinungsverschiedenheiten über Deutungen der Verfassung bleibt eine Declaration der einzige Weg zum Ziel. (Sensation.)

(Von Pope's telegraphischem Bureau.)

Frankfurt, 9. Februar. Ein Wiener Telegramm der „Postzeitung" bezeichnet die Regierung als über die Adresse des Ungarischen Landtags, welche die Aussichten auf Versöhnung problematisch mache, sehr verstimmt; ein Ablehnungsrescript auf die Adresse werde erwartet. — Die Karlsruher Postconferenz hat den Antrag Oesterreich's auf Beitritt Holsteins zum Deutschen Postverein nicht angenommen.

Paris, 9. Februar. Mittelst des Französischen Dampfers von Mexiko ist aus St. Thomas, 16. Januar, die Nachricht eingetroffen, daß der bereits verunglückt geglaubte Westindien-Dampfer „Atrato" glücklich eingetroffen ist.

Handelsberichte und Correspondenzen.

Telegramme der Ostsee-Zeitung.

Berlin, 9. Februar, 1 Uhr 55 Min. Nachmittags.

Staatsschuldscheine 89 bez.
Staats-Anl. 4½% 100⅝ bez.
Berlin-Stettiner 136½ bez.
Stargard-Posener 97½ Gd.
Oesterr. Nat.-Anl. 64⅛ bez.
Pomm. Pfandbr. 93¼ bez.
Oberschles. Eisenbahn 178½ bez.
Amerikaner 72⅛ bez.

Roggen Febr. 46½ bez., ⅝ Br.
Frühj. 47⅛ bez., 47 Br.
Mai-Juni 48⅛, 47⅞ bez.
Rüböl loco 16 Br.
Febr. 15⅝ bez. u. Br.
Febr.-März 15¹⁹/₂₄ bez.
April-Mai 15¾, ¹⁷/₂₄ bez.
Spiritus loco 14¹³/₂₄ bez.
Febr.-März 14⅝, ½ bez.
April-Mai 14¹¹/₁₂, ⅞ bez.
Mai-Juni 15⅛, ⅛ bez.

Wien, 8. Februar. (Anfangs-Course.) Flau. 5% Metalliques 62, 10. Bank-Actien 748, 00. National-Anlehen 65, 10. Credit-Actien 147, 00. Staats-Eisenbahn-Actien-Certificate 168, 10. Galizier 105, 90. London 103, 40. Hamburg 77, 20. Paris 41, 20. Böhmische Westbahn 145, 00. Creditloose 113, 50. 1860er Loose 82, 75. Lombardische Eisenbahn 166, 50. 1864er Loose 75, 75. Silber-Anleihe 68, 00.

Paris, 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse blieb wegen fortdauernder Unentschlossenheit der Speculanten geschäftslos. Die 3%, welche zu 68, 85 eroffnete, hob sich bis 68, 95 und wich schließlich wieder auf Notiz. Consols von Mittags 1 Uhr waren für Liquidation, 68⅞ für März 87⅜ gemeldet. — Schluß-Course: 3% 68, 87½. Italien. 5% Rente 61, 60. 3% Spanier 34⅞. 1% Spanier 34⅜. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 405, 00. Credit-Mobilier-Actien 676, 25. Lombardische Eisenbahn-Actien 397, 5%. Oesterreichische Anleihe von 1865 315, 00. für compt., 345, 50 auf Termin.

Paris, 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten. Rüböl für Februar Frs. 129, 50, für Mai-August Frs. 114, 50, für September-December Frs. 107, 00. — Mehl für Februar Frs. 50, 75, für Mai-Juni Frs. 52, 25. — Spiritus für Mai-August 47, 50, für Sept.-Dec. Frs. 49, 25.

London, 8. Februar, Nachmittags 4 Uhr. Schönes Wetter. Consols 87¼. 1% Spanier 35½. Sardinier 72. Mexikaner 21⅛. 5% Russen 90½. Neue Russen 90½. Silber 61⅜. Türkische Anleihe von 1865 38¾. 6% Ver. St. für 1882 67⅜.

Der von Newyork eingetroffene Dampfer „City of Newyork" hat 300,495 Dollars an Contanten überbracht.

London, 8. Februar, Abends. Der Dampfer „Hansa" ist mit einer Baarfracht von 155,100 $ in Southampton angekommen.
(W. T. B.)

Liverpool, 8. Februar, Mittags. Baumwolle: 10,000 Bll. Umsatz. Nach Amerikanischer starke Nachfrage. Amerikanische 1⅛ —½, fair Dhollerah 16, middl. fair Dhollerah 14¾, middling Dhollerah 14¼, Bengal 11¾, Scinde 12½, Domra 15½.

Glasgow, 8. Februar. (Herren Leisler, Bock & Co.) Tennant hat seinen Preis für Alkali auf £ 12 für Ton erhöht.

Angekommene und abgegangene Schiffe.

Febr. **Gothenburg** von
5. Aldebaran, Kräft Antwerpen
Febr. **Kiel** nach
5. Amalia Laura, Dannenberg Danzig
6. Sjoukelina, Dircks Stettin
7. Anna, Tjardes Danzig
Febr. **Hamburg** von
7. Condor, Voss Hull
Ana, Rodriguez Portorico
Febr. **Amsterdam** von
5. Vesta (SD), Zeylstra Danzig
6. Deutschland, Zeplien Odessa
Febr. **Helvœt** von
6. Germania, Franke Baltimore
zuletzt von Brouwershaven
Febr. **Antwerpen** von
5. Fortuna, Sodemann Odessa
Febr. **Deal** von
In den Dünen vor Anker:
6. Mecklenb. Brigg Nr. 93
Febr. **Unw. Deal** von
6. Dr. jur. Jantzen, Jantzen Leith
nach Constantinopel
Staatsrath von Brock, Fretwurst Newcastle
nach Civita Vecchia
Febr. **Falmouth** von
4. Emma Carl, Banck Kustendje
6. von Heyden-Cartlow, Gæde Newcastle
nach Genua
Adler, Zaage Odessa
nach
Wodan. Witt Sunderland
Johannes Kepler, Jantzen London

Febr. **Holyhead** von
5. Assecuradeur, Falcke Liverpool
nach Gibraltar
6. Fanny Saalfeld, Boje Troon
Febr. **Liverpool**
Aus See retournirt:
6. Alby, — —
nach Malaga
Febr. **London**
clarirt **nach**
7. Der Frühling, Wegner Vera Cruz
Marie, Voss Syra
und Constantinopel
Febr. **Plymouth** von
6. Myrrha, Karnowsky Newport
nach Barcelona
Anna & Otto, Bohnsack Sunderland
nach Genua
Febr. **Ramsgate** von
6. Maack, Lænhardt Shields
nach Oporto
Jan. **Malta** von
29. Friedrich & Louise, Bradhering Liverpool
Feür. **Triest** von
4. Betty Stolzke, Lembke Newcastle
60 Tage Reise
Dec. **Constantinopel** von
26. Rebecca, Rittgardt Newcastle
Jan. **Alexandria** von
19. Nicolaus Heinrich, Staben Newcastle
Jan. **Singapore**
segelfertig **nach**
4. Prospero, Schultz Rangoon
Jan. **Baltimore**
clarirt **nach**
19. A. Böninger, Steenken Rotterdam

Wind und Wetter.

8. Febr. Cuxhaven W., stürmisch.
7. - Vlissingen NO., heftig.
- - Aberdeen WSW., mässig.
- - Leith W., frisch. Regen.
- - Liverpool WNW., frisch.
7. Febr. London SW., Sturm,
- - Plymouth SW., Sturm, Regen.
- - Portsmouth SW., Sturm.
- - Shields WNW., Sturm, Regen.

Stettin, 9. Februar. Die Witterung blieb regnig und stürmisch. In den Flüssen ist der Wasserstand im raschen Wachsen und die Schifffahrt könnte wieder beginnen, wenn die Schiffer nicht fürchteten, unterwegs einzufrieren,

Die Zufuhren betrugen in den letzten 8 Tagen:

	Weizen Wspl.	Roggen Wspl.	Gerste Wspl.	Hafer Wspl.	Erbsen Wspl.
auf der Berlin-Stett. Eis.	70	2	10	2	9
„ „ Stett.-Starg. Eis.	400	213	493	317	33
„ „ Vorpomm. Eis...	18	—	12	—	—
landwärts.....	127	106	44	42	15
strom- und küstenwärts.	38	—	34	—	—
zusammen Wspl.	632	321	593	361	57

Weizen hat seit Anfang der Woche in Folge der matteren Englischen Berichte ca. 1 ℛ im Preise nachgegeben. Das Geschäft ist stille. In England sind die fremden Zufuhren schwach und die Landzufuhren erheblich kleiner, als im vorigen Jahre, aber die Kauflust fehlt. Hier vergrößert sich das Lager allmälig, aber ein bedeutender Theil der zugeführten Waare ist stark mit Auswuchs besetzt.

Roggen bewegte sich, den Schwankungen des Berliner Marktes folgend, ½ ℛ auf und ab, bleibt jedoch auf spätere Lieferung etwas höher, als die dortigen Preise. Die Lager nehmen fortwährend nur sehr langsam ab, obschon die Zufuhren ganz unbedeutend sind.

Sommergetreide war schwer verkäuflich und niedriger.

Rüböl wurde durch die Steigerung in Berlin auch hier wieder befestigt, da das hier producirte Quantum jetzt meist nach Berlin verladen wird. Der Bedarf der Raffineure ist sehr unbedeutend.

Spiritus hat sich seit Dienstag für alle Termine etwas im Preise gedrückt, ohne daß dadurch Kauflust angeregt worden wäre. Bei dem derzeitigen Werthe des Artikels ist jeder Export zur Unmöglichkeit geworden, da weder England noch Frankreich oder Italien der inländischen Hausse-Bewegung im Geringsten gefolgt sind. Die Läger nehmen deswegen bedeutend zu, und wenn trotzdem die Preise seit ungefähr 14 Tagen ½ ℛ gewonnen haben, so ist dies nur die Folge der von Zeit zu Zeit laut werdenden Klage über Fäulniß der Kartoffeln, so wie über geringe Ausbeute derselben. Die Speculation wandte, dadurch angeregt, ihre Aufmerksamkeit den spätern Terminen zu, bezahlte dafür bessere Preise, und ermöglichte so, daß auch die Loco-Zufuhren, ohne zu drücken, bei den Reportenren untertamen. Der Preis für Spiritus ist jetzt beinahe 2 ℛ höher als im Vorjahr, so daß, wie oben gesagt, zu dem jetzigen Werthe ein Export gar nicht möglich, auch bei der Concurrenz Französischer Sprite für später wenig wahrscheinlich ist. Die Unternehmungslust ist hier denn auch sehr klein, und folgen die Preise lediglich den Berliner Bewegungen. Das Lager hier wird auf über 1¾ Millionen Quart taxirt.

An der Börse. (Amtlicher Börsenbericht.) Wetter: veränderlich, windig. Therm. + 6° R., Bar. 27, 10. Wind: West.

Weizen wenig verändert, loco für 85ℬ gelber 65—69 ℛ, mit Auswuchs 73ℬ und 74ℬ 44 und 45 ℛ bez., 83/85ℬ gelber für Febr.-März 68½ ℛ Br., Frühjahr 69½, ¾ ℛ bez., Br. und Gd., Mai-Juni 71 ℛ bez., Gd. u. Br., Juni-Juli 72 ℛ Gd., Juli-August 73 ℛ Gd.

Roggen etwas höher, für 2000 ℬ loco 46--48½ ℛ, für Februar-März 46¼ ℛ bez., Frühjahr 47½, ¾, ½ ℛ bez. und Gd., Mai-Juni 48½, ¾ ℛ bez. u. Br., ½ ℛ Gd., Juni-Juli 49½ ℛ Gd.

Gerste, loco für 70ℬ Schles. 35—39 ℛ bez., geringe Futter- 33½ ℛ bez., 70ℬ Schles. Frühjahr 40½ ℛ Br.

Hafer loco für 50 ℬ 26½—27½ ℛ bez., 47/50ℬ Frühjahr 2) ℛ Gd.

Erbsen loco 46—48½ ℛ, Frühjahr Futter- 49½ ℛ bez.

Rüböl fester, loco 15½ ℛ Br., Febr. 15¼, ⅛ ℛ bez., ¼ ℛ Gd., ⅓ ℛ Br., April-Mai 15⁹/₁₂ ℛ Br., ¼ ℛ Gd., Sept.-Oct. 13½ ℛ Br., ⅓ ℛ Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 14½—⁵/₁₂ ℛ bez., succ. Lieferung mit Faß 14⅜ ℛ bez., Februar-März 14¹¹/₂₄ ℛ bez., Frühjahr 14⅞ ℛ bez. u. Br., ⅚ ℛ Gd., Mai-Juni 15 ℛ Gd., Juni-Juli 15⅓ ℛ Gd., 15½ ℛ bez.

Angemeldet Nichts.

Soda, Tennantsche 4⅙ ℛ trans. bez.

Hering, Ihlen- 11 ℛ trans. bez.

Danzig, 8. Februar. Wetter: veränderlich, Regen und West-Sturm. Zu neuerdings gedrückten Preisen, namentlich für die frischen Mittelgattungen, sind heute 50 Last Weizen verkauft. Bezahlt wurde für ordinär ausgewachsen 110ℬ 315 fl., 117/18ℬ 340, 345 fl., 120ℬ 355 fl., 120ℬ hellfarbig mit Auswuchs 396, 400 fl., 123/24ℬ desgl. 435, 440, 445 fl., 127ℬ hell und glasig 480 fl., 128/29ℬ weiß fast gesund 495 fl., 129ℬ hochbunt glasig 535 fl. Alles für 5100 ℬ. — Roggen matter, 118, 119ℬ 327, 330 fl. für 4910 ℬ. — Große Gerste 102/3ℬ 240 fl., 106/7ℬ 255 fl. für 4300 ℬ. — Weiße Erbsen flau, 330, 333 fl. für 5400 ℬ nach Qualität bezahlt. — Spiritus 15 ℛ.

Posen, 8. Februar. Roggen (für 25 Scheffel = 1925 ℬ) für Februar 42⅜ ℛ Br., ⅔ ℛ Gd., Februar-März 42¾ ℛ Br., ⅔ ℛ Gd., Frühjahr 43⅓ ℛ Br., ¼ ℛ Gd., April-Mai (für 25 Scheffel = 2000 ℬ) 44⅝ ℛ Br., ¾ ℛ Gd., Mai-Juni 45½ ℛ Br., ⅓ ℛ Gd.

Spiritus (für 100 Quart = 8000 % Tralles) [mit Faß] gekündigt 12,000 Quart, für Februar 13⅔ ℛ bez., März 13⅚ ℛ Br., ¹⁹/₂₄ ℛ Gd., April 14¹/₁₂ ℛ Br., ¹/₂₄ ℛ Gd., Mai 14⅓ ℛ Br., ¼ ℛ Gd., Juni 14⅔ ℛ Br., ⁷/₁₂ ℛ Gd., Juli 15 ℛ Br., 14¹¹/₁₂ ℛ Gd.

Breslau, 8. Februar. Wind: West. Wetter: klarer Himmel. Thermometer früh 8° Grad Wärme. Am heutigen Markte waren Preise bei schwachen Zufuhren theilweise behauptet, theilweise höher, der Geschäftsverkehr blieb beschränkt. Weizen behauptet, für 85ℬ Schlesischer weißer 64—81 Sgr., gelber 62—76 Sgr. feinste Sorte über Notiz bezahlt, ausgewachsener und blauer 54—62 Sgr. bezahlt. — Roggen fest, für 84ℬ 54—55 Sgr., feinste Sorte bis 56 Sgr. bezahlt. — Gerste beachtet, für 74ℬ weiße 45—47 Sgr., helle 43—44 Sgr., gelbe 36—42 Sgr., ausgewachsene 35—39 Sgr. — Hafer matter, für 50ℬ 26-28-29 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Koch-Erbsen schwacher Umsatz, 50-60—65 Sgr. — Wicken beachtet, 62—67—70 Sgr. — Oelsamen ruhig. — Lupinen für 90 ℬ gelbe 60—70 Sgr., blaue 56—60 Sgr. — Schlesische Bohnen ohne Umsatz. — Schlagleinsamen flau, 180—190—200 Sgr. — Winterrapps 278—292—304 Sgr. — Winterrübsen 268—285—292 Sgr. — Sommerrübsen 220—240—250 Sgr. — Leindotter 186-195—205 Sgr. — Rappkuchen schwach beachtet, 57—60 Sgr. für Ctr.

Kleesamen stilles Geschäft, rother fest, ordin. 14—14½ ℛ, mittler 15—16 ℛ, feiner 16½—17¼ ℛ, hochfeiner über Notiz, weißer unverändert, ordinärer 13½—15 ℛ, mittler 15¾—16½ ℛ, feiner 17¾ — 19½ ℛ, hochfeiner 20½ — 21½ ℛ für Ctr. — Thymothee gefragter, 10½—11½—12⅔ ℛ für Ctr.

An der Börse. Roggen (für 2000 ℬ) behauptet, für Februar 43½ ℛ bez., Februar-März 43¼ ℛ Gd., April-Mai 44—43⅞ ℛ bez., Mai-Juni 41⅜ ℛ Gd. u. Br. — Weizen für Februar 59 ℛ Gd., — Gerste für Februar 39 ℛ Br. — Hafer für Februar 37½ ℛ Br., April-Mai 38¾ ℛ Br.

Rapps (für 2000 ℬ) für Februar 142 ℛ Br.

Rüböl fest, loco 15¹¹/₁₂ ℛ Br., für Februar 15¾ ℛ bez., Febr.-März 15⁷/₁₂ ℛ Br., April-Mai 15¼ ℛ bez., Mai-Juni 15⅙ ℛ Br., Septbr.-October 12⅝ ℛ Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, gek. 15,000 Ort., loco 13¹¹/₁₂ ℛ Br., 13¾ ℛ Gd., für Febr. und Februar-März 13⅝ ℛ Gd., April-Mai 14⅛ 1/6 ℛ bez., Mai-Juni 14¼ ℛ Gd.

Zink ohne Umsatz.

Köln, 8. Februar. Weizen behauptet, effect. hiesiger 6¼—⅓ ℛ Br., effect. fremder 5¾ ℛ Br., für März 5 ℛ 26½ Sgr. bez. und Br., 5 ℛ 26 Sgr. Gd., Mai 6 ℛ 5 Sgr. bez., 6 ℛ 5½ Br., 6 ℛ 4 Sgr. Gd. — Roggen behauptet, effect. hiesiger 4¾ ℛ Br., für März 4 ℛ 23 Sgr. bez. und Br., 4⅞ ℛ Gd., Mai 5 ℛ

bez. u. Br., 4 Rz 29½ Sgr Gd. — Gerste, hiesige 5 Rz Br., Oberländische 5⅓—½ Rz Br. — Hafer, effect. 5 Rz Br. — Spiritus, effect. 80% in Partieen von 3000 Ort., 18¼ Rz Br. — Rüböl höher, effect. in Partieen von 100 Ctr in Eisenband 17 4/10 Rz Br., pr Mai 16 7/10 Rz bez., Br. und Gd., Oct. 14½ Rz Br., 14 4/10 Rz Gd. — Leinöl, effect. in Partieen von 100 Ctr 14 Rz Br.

Hamburg, 8. Februar. Caffee. Der Markt war in der verflossenen Woche fester, da sich größere Bedarfsfrage zeigte. Feine Caffees bleiben gesucht, auch geringe Qualitäten sind mehr beachtet. Verkauft vom 2. bis 8. Febr.: 7000 S. Rio und Santos 4⅞ a 8 ß, schwimmend: 5400 S. Rio, Preis unbekannt. Notirungen: Ceylon Plantation 9 a 10½ ß, Portorico 7½ a 9 ß, La Guayra, Trillado 7⅝ a 8⅛ ß, Deszerezado 8⅛ a 8¼ ß, Santos 4⅞ a 6½ ß, Domingo, ord. und reell ord. 6¼ a 7 ß, gut und fein ord. 7⅛ a 8 ß.

Cacao bei guter Frage völlig behauptet. Notirungen: Carracas 10 a 12 ß, Trinidad 7¾ a 8¼ ß, Guajaquil 7½ a 8½ ß, Domingo 5 a 5¼ ß, Bahia 4⅜ a 4¾ ß.

In Farbehölzern kamen keine Umsätze von Belang vor, doch zeigte sich für alle Gattungen, namentlich für Blauhölzer, lebhafte Nachfrage. Von Laguna Camp. Blauholz kam eine Ladung auf Lieferung zum Abschluß, von Domingo Blauholz wird wenig angeboten und auf hohen Preis gehalten. Lima Rothholz räumte sich, es sind davon nur noch kleine Loose vorräthig. Notirungen: Blau Campeche 5½ a 6 mk, Domingo 3¼ a 3⅜ mk. Gelbholz, Cuba 6½ a 7 mk, Tampico und Tabasco 5 a 5¼ mk, Portorico und Maracaibo 4¼ a 4⅜ mk, Roth Pernambuco 18 a 25 mk, Roth Bimas Japan 10½ a 13 mk, Costarica oder Lima 9½ a 10½ mk, Sandel 3¼ a 3½ mk.

Früchte. Corinthen und Rosinen still, Mandeln fest. Notirungen: Corinthen, Zante, Ima 16½ a 17, 2da 13 a 15 mk. Mandeln, Valence 67 a 68 mk, Sicil. und Provence 61 a 62 mk, Barbarice 50 a 51 mk, bittere Sicilianische 55 a 56 mk. Rosinen, Smyrna, neue 22 a 22½ mk, alte 18½ a 19 mk, Malaga, neue 18½ a 19 mk.

Gewürze. Das Geschäft beschränkte sich auf Bedarfs-Ankäufe zu unveränderten Preisen. Notirungen: Canehl, Ceylon 20 a 30 ß, Java 23 a 25 ß. Cardamom, Malabar 80 a 88 ß, Cassia lignea 11 a 11¼ ß, flores 23½ a 24 ß, vera 5 a 8 ß. Ingber, Bengal 3⅛ a 3¼ ß, Afrikan. 4 a 4⅛ ß. Nelken, Ambonia 6 a 6¼ ß, Bourbon und Zanzibar 3⅝ a 3¾ ß. Pfeffer, Malabar und Aleppi 5 a 5¼ ß, Batavia und Sumatra 3⅜ a 3½ ß, gesiebter do. 3 9/16 a 3 11/16 ß. Piment, Jamaica 2⅞ a 3 ß. Macisblüthe 16 a 18 ß, Nüsse 16 a 18 ß.

Honig bleibt fest. Kürzlich von Manzanilla de Cuba angekommene 53 Tierces und 79 Barrels wurden sofort verkauft. Notirung: Havana 21½ a 24½ mk.

Reis. Der Markt verkehrte auch während der letzten 8 Tage in sehr ruhiger Haltung und beschränkte sich das Geschäft auf kleine Bedarfsankäufe zu seitherigen Preisen. Notirungen: Java 9 a 14 mk, do. geschält 10½ a 19 mk, Bengal 8½ a 10½ mk, Patna 11½ a 14 mk, Arracan, geschälter 9½ a 12 mk, Rangoon do. 10½ a 13 mk, Moulmain do. 10 a 13 mk, div. Ostind. Bruchsorten 7 a 10 mk.

Rohzucker. In den verflossenen 8 Tagen blieb unser Zucker-Markt wieder sehr ruhig und fanden durchaus keine Umsätze von Belang statt.

Amsterdam, 7. Februar. Weizen unverändert, alter bunter Poln. 335 fl., alter und neuer 307 fl., pr 2400 Kilo, 125ß 282 fl. Von Roggen in loco nur zum Verbrauch verkauft bester alter Galacz. 190 fl. pr 2100 Kilo Auf Lieferung etwas niedriger, in März 176, 175 fl., Mai 181, 180 fl., Oct. 187 fl. Gerste wie früher, 111ß Dänische 199 fl., 114ß Danziger 207 fl.

Rapps effectiv flau, auf das Frühjahr unverändert, auf das Spätjahr ½ £ niedriger, auf 9 Faß effectiv 96 £, April 97 £, Oct. 73½ £.

Leinsamen wie früher, 107-108ß Brindisi 420 fl., 103-104ß Rigaer 280 fl.

Rüböl effectiv und auf Lieferung etwas flauer, auf 6 Wochen 58 fl., effctiv 56¾ fl., primo Mai 53¾ fl., Sept., Oct., Nov. und Dec. 41¼ fl.

Leinöl effectiv und auf Lieferung etwas williger, auf 6 Wochen 41, effectiv 39¾ fl., primo März und April 40—40¼ fl., Mai 40½ fl., primo Sept., Oct., Nov. und Dec. 40½ fl.

Newcastle, 6. Februar. (Herren F. Ayton & Sons.) Am heutigen Markt war gute Zufuhr von Weizen land- und küstenwärts bei ziemlich gutem Import fremder Waare. Im Handel war es flau und ein beschränktes Geschäft wurde zu 1s Reduction für neuen und 6d pr Qr. für alten gegen vor acht Tagen geschlossen. Feine Malzgerste besser verkäuflich zu letzten Preisen, 2da vernachlässigt. Mahlsorten gingen zu vollen Preisen träge ab. Bohnen unverändert, Erbsen 6d billiger. Hafer fand guten Absatz zu letzten Raten. Mehl sehr flau und eher billiger.

Notirungen: Weizen pr 63 ß pr Bushel Danziger und Königsberger 46 a 57s, Wismarer und Rostocker neuer 50 a 51s, alter 48 a 51s, Stralsunder und Wolgaster neuer 50 a 51s, alter 48 a 51s, Schlesischer und Uckermärker neuer 50 a 51s, alter 48 a 51s. Fremder Roggen 34 a 35s. Gerste, fremde Mahl- pr 56 ß pr Bushel 32 a 38s. Hafer, Pommerscher 24 a 26s. Bohnen, fremde große 40 a 42s, kleine 41 a 43s. Erbsen, fremde weiße Koch- 41 a 42s, Futter- 39 a 41s. Mehl, Hamburger 37 a 40s pr Sack.

Hull, 6. Februar. (Herren A. & H. Reimer.) Das Wetter blieb während der vergangenen Woche so mild und stürmisch wie letztgemeldet. Die Stimmung im Weizenhandel fährt fort sehr matt zu sein; in fremder Waare fand wenig oder kein Geschäft statt, und lassen wir in dessen Abwesenheit unsere Notirungen unverändert. Gerste in Malz- wie Mahl-Qualitäten knapp und gesucht. Hafer bedingt Notirungen. Bohnen fanden zu etwas ermäßigten Preisen vermehrte Beachtung. Erbsen nur schwach begehrt und Preise etwas niedriger. Leinsamen in feiner Waare ist fest zu voll letzten Preisen, während abfallende Qualität wenig Kauflust findet. Rappsamen und Rübsen nicht offerirt. Leinkuchen in hiesiger Waare in gutem Begehr zu letzten Preisen. Rappkuchen knapp und fest. Knochen wenig zugeführt, bedingen unsere Notirungen. Leinöl etwas fester und 6d pr Cwt. höher bezahlt. Rüböl sehr fest bei schwachem Vorrath.

Am heutigen Markt hatten wir gute Landzufuhr von Weizen, der nur schwer Preise voriger Woche bedang.

Am Leeds-Markt war fremder Weizen ohne Leben und nur feinste Danziger Waare im Detail begebbar.

Notirungen: Weizen, Danz. weißer und hochb. alter 53 a 58s, neuer 50 a 53s, bunter alter 49 a 51s, neuer 47 a 49s, Königsberger weiß und hochbunt alt 51 a 55s, neu 48 a 51s, bunt alt 47 a 48s, neu 46 a 47s, roth alt 46 a 48s, neu 46 a 47s, Stettiner weiß und hochbunt alt 51 a 55s, neu 47 a 52s, bunt und roth alt 47 a 48s, neu 46 a 47s pr 60 ß pr Bsh. Gerste, Saal- 43 a 46s, Oderbruch 37 a 40s pr 46 ß pr Bsh. Hafer, Russ. 26s a 26s 6d pr 42 ß pr Bsh. Wicken 44 a 45s pr 63 ß pr Bsh. Erbsen, Kochwaare 38 a 39s, Mahlwaare 36 a 37s pr 63 ß pr Bsh. Alles pr Qr. Leinsamen, Rigaer, Memeler und Königsberger fein 52 a 56s, mittel 42 a 46s, ord. 38 a 42s. Rübsen 78 a 80s. Rappsamen 80 a 82s pr Imp.-Qr. Leinkuchen, hies. 9£ 5s a 10£ 10s, fremde 8£ 10s a 9£ 10s. Rappkuchen 6£ 5s a 6£ 10s. Knochen 6£ pr Ton. Leinöl incl. Faß 36s 6d a 37s. Rüböl braun incl. Faß 55s 6d a 56s pr Cwt.

Liverpool, 6. Februar. (Herren Roß, T. Smyth & Co.) Die Zufuhr von fremdem Weizen und Sackmehl war reichlich. Im Handel war es seit Freitag sehr still. Das Wetter war sehr stürmisch und regnig. Der heutige Markt war von Käufern aus Stadt und Provinz nur schwach besucht und die Frage für Weizen war zu 1 a 2d Abschlag gegen die Preise von vor 8 Tagen sehr beschränkt. Mehl fast unverkäuflich, Preise nominell und verändert. Hafer träge abgesetzt und ½ a 1d billiger als vor 8 Tagen. Bohnen und Erbsen still zu früheren Preisen. Frische Mahl- und andere Sorten Gerste selten und im Werth behauptet. Mais nur für den Consum abgesetzt und Preise kaum behauptet. Notirungen: Weizen, Danziger hochbunter und weiß 10s 6d a 11s 3d, bunt 9s 9d a 10s 6d.

London, 7. Februar. Die Zufuhren von Englischem Getreide am heutigen Markt waren sehr klein, von fremder Gerste und Hafer war ziemlich guter Import. Trockner Englischer Weizen wurde zu Montagspreisen verkauft, klamme Partieen waren sehr flau. Fremder in Detailfrage zu letzten Preisen. Im Mehlhandel war es flau, Landwaare eher billiger. Feinste Malzgerste eher billiger. Bohnen und Erbsen behauptet in Werth und Begehr. Hafer zu letzten Preisen regelmäßig gekauft.

London, 7. Februar. Rohzucker sehr flau. Native-Ceylon-Caffee behauptet, bei guter Kauflust. Reis wieder stiller. Pfeffer preishaltend, Piment ruhig. Feine Gewürze gefragt und höher. Früchte ziemlich begehrt. Vostizza-Corinthen 31—35, Eleme-Rosinen 40—42s. Jute flau. Hanf ebenfalls still. Baumwollenmarkt etwas besser. Roheisen ruhig, 67. 6. Zink flau. Kupfer zu festeren Preisen gehandelt. Leinöl behauptet, 37. 6, andere Fettwaaren ruhig. Talg flau.

See- und Stromberichte.

Swinemünde, 8. Februar. (Herren Ernst & Henneberg.) Der Preußische Schooner Wilhelmine, Ewert, von Kopenhagen nach Stolpmünde mit Ballast bestimmt, ist hier für Nothhafen eingekommen. — Sturm aus West mit Regen.

Rostock, 6. Februar. Laut Telegramm aus Swansea ist die Bark Herzog Paul, Groth, heute Sturmes halber dort eingelaufen; das Schiff war, von Odessa kommend, nach Falmouth oder Queenstown für Ordre bestimmt, konnte jedoch wegen stürmischer Witterung keinen dieser Häfen erreichen.

Cuxhaven, 7. Februar, Mittags. Die hier auf der Rhede liegenden Schiffe haben sich bei dem gestrigen Sturm gut vor ihren Ankern gehalten.

Kopenhagen, 7. Februar. Das Dampfschiff Jütland, Pegden, ging diesen Vormittag nach Königsberg weiter. Das Dampfschiff Octa, Duff, von London, ist im Ankommen,

Helsingor, 7. Februar. Auf der Rhede angekommen: Holl. Galliot Mathilda Geertruida, Wiebes, von Pillau nach Belgien, 30 Tage. Die Reise hat Vormittags 11 Uhr nordwärts fortgesetzt: Prinzeß Alexandra (D.), Samson.

Wind: W., Morgens Bramsegels-, Mittags leichte Kühlte. Bar. 27. 4½. Therm. + 5° R.

Swansea, 6. Februar. Die Bark **Herzog Paul,** aus Rostock, von Odessa nach Cork oder Falmouth, ist mit Verlust von Segeln, Spieren ꝛc. und leck hier eingelaufen; hatte sehr heftiges Wetter.

Figueira, 29. Januar. Der Preuß. Schooner **Neptunus,** Demmin, aus Stralsund, von Sunderland nach Gibraltar bestimmt, und unweit hier verunglückt (wie pr Telegr. gemeldet), hatte in See eine Reihe von Stürmen gehabt und war in Folge davon so leck geworden, daß die Mannschaft sich genöthigt sah, das Schiff gestern 4 Meilen nördlich vom Cap Mondego auf Grund zu setzen, wo es total wrack werden wird.

Posen, 8. Februar. Wasserstand der Warthe 3′ 3″.

Breslau, 8. Februar. Oberpegel 16 Fuß 6 Zoll, Unterpegel 3 Fuß 2 Zoll.

Patent-Ertheilung.

Der Theodor Wiede'schen Maschinen-Fabrik in Chemnitz ist unter dem 5. Februar ein Patent auf eine Vorrichtung zur Regulirung der Spindeldrehung an Selbstspinnern ertheilt worden.

Stettin, 9. Februar.
Amtliche Course.

		Zinsf. %				
Hamburg	6 T.		152⅞ G.	Starg.-Pos. II.	4½	—
do.	2 Mt.	5	151¾ B.	Stett. Stadt-Obl.	4½	—
Amsterdam	8 T.		144 G.	do. Börsenh.-Obl.		—
do.	2 Mt.		—	do. Schauspih.-O.	5	—
London	10 T.	7	6. 25¾ b.	P. Chausseeb.-O.	5	—
do.	3 Mt.		6. 22⅜ b.	Usd.-Woll.Kr.-O.	5	—
Paris	10 T.	5	81½ b.	Greifenhag. do.		—
do.	2 Mt.		—	Prss.Nat.-Vrs.-A	4	117 B.
Bordeaux	10 T.		—	Prss.See-Ass.-C.	4	—
do.	2 Mt.		—	Pomerania	4	110 B.
Bremen	8 T.		—	Union	4	102 B.
do.	2 Mt.		—	Stett. Speich.-A.	5	—
St. Petersburg	3 W.		—	Ver.-Speich.-A.	5	—
Wien	8 T.		—	P. Prov.-Zuckers.	5	1200 B.
do.	2 Mt.		—	N. Stett. Zuckers.	4	—
Preussische Bank		7	Lomb. 7½ %	Mescher. Zuckerf.		—
Staats-Anleihe		4½	—	Bredower do.		—
do. neue		5	—	Walzmühl.-Act.	5	—
St.-Schuldsch.		3½	—	St. Portl.-Cem.-F	4	—
Prss. Präm.-Anl.		3½	—	do. Dpf.-Schlepp-schiff.-A.-Ges.	5	300 B.
Pomm. Pfdbriefe.		3½	—	do. Dampfsch.-V.	4	—
do. do.		4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
do. Rntbrk.-u.Nn.		4	—	Germania	4	106 B.
Rtt. Pomm. B.-A.			—	Vulcan	4	86 B.
Berl.-St.Eisenb.-Act. Litt. A. B.		4	—	St. Dmpfm.-Ges.	4	103 B. 102 G.
do. Prior. IV.		4	—	Pomerensdorfer Chem. Fabrik	4	—
do. do.		4½	—	Chem. Fbr.-Anth.	4	—
Starg.-Pos. E.-A.		3½	—	St. Kraftdüng.-F.		—
do. Prior.		4	—	Gm. Bau-G.-Anth.	5	—

Nach Königsberg i. Pr.

wird bei genügender Ladung prompt expedirt

A. 1. Dampfer **„der Preusse“,** Capt. **Heydemann.**

[627] **Neue Dampfer-Compagnie.**

Stettin-Wollin-Camminer Dampfschifffahrt.

So lange das Wasser vom Eise frei ist, fährt das Dampfschiff

„Misdroy“,

Capt. Ruth,

von Dienstag, den 6. Februar c., bis auf Weiteres täglich und zwar:

von Stettin		**von Cammin**	
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend	12½ Uhr Mittags,	Montag, Mittwoch, Freitag	9 Uhr Morgens,
		aus Wollin	10½ Uhr Vorm.

Passagier- und Frachtgeld wie bisher.

[575] **J. F. Braeunlich,** Stettin, Frauenstraße 22.

Das im Jahre 1856 hier von Eichenholz erbaute Schiff „Delphin“, bisher geführt vom Capt. C. Siewerts, kupferfest und gekupfert, 350 Normallasten gemessen, **soll Mittwoch, den 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr,** durch mich in meinem Comtoir öffentlich an den Meistbietenden gegen baare Bezahlung verkauft werden.

Das Schiff liegt im hiesigen Hafen und kann jederzeit in Augenschein genommen, auch das Inventarium auf meinem Comtoir eingesehen werden.

Pillau, den 31. Januar 1866.

[635] **Fritz Dultz.**

GERMANIA,

Lebensversicherungs-Actien-Gesellschaft zu Stettin.

Grund-Capital Drei Millionen Thaler Pr. Crt.

Im Laufe des Monats **Januar d. J.** sind von uns **neu abgeschlossen** worden:

2158 Versicherungen auf Thlr. 1,074,744 Pr. Courant,

welche der Gesellschaft eine Vermehrung ihrer **Prämien-Einnahme** um jährlich **Thlr. 28,273 Pr. Crt.** zuführten.

Der **Versicherungs-Bestand** stieg Ende Januar d. J. auf **76,606** Versicherungen mit **Thlr. 38,369,501 Pr. Crt.** und die **Jahres-Einnahme** der Gesellschaft erreichte die Höhe von jährlich ca. **Einer Million Einhundert fünf und neunzig Tausend Thalern Pr. Crt.**

Stettin, den 6. Februar 1866.

[619] **Die Direction.**

Holzverkaufs-Anzeige.

Es finden in diesem Winter in unserer, der Cüstriner Stadtforst und zwar auf der, etwa eine halbe Meile von der Stadt unmittelbar an der Zorndorfer Chaussee gelegenen Schlagfläche, am:

Montag,	den 8.	Januar	1866,	Bauholz-Licitation,
"	15.	"	"	Brennholz- "
"	22.	"	"	Bauholz- "
"	29.	"	"	Brennholz- "
"	5.	Februar	1866	Bauholz- "
"	12.	"	"	Brennholz- "
"	19.	"	"	Bauholz- "
"	26.	"	"	Brennholz- "

welche des Morgens um 9 Uhr beginnen, statt, wobei in jeder Bauholz-Licitation 5—600 Stämme gutes, gesundes Bau- und Schneideholz und in jeder Brennholz-Licitation 160—180 Klafter Scheit-, Ast- und Stockholz zum Verkauf gestellt werden.

Die Taxe und die Licitationsbedingungen, sowie das Verzeichniß der jedesmal zum Verkauf kommenden Hölzer, können acht Tage vor dem Termine in unserer Registratur eingesehen werden.

Die geringe Entfernung der Schlagfläche von der Eisenbahn, der Warthe und Oder gestattet die Verladung oder Verschiffung des Holzes nach allen Richtungen, weshalb wir auf obige Licitationen die Gelegenheit zu vortheilhaften Käufen bieten, aufmerksam machen.

Cüstrin, den 20. December 1865. [6366]

Der Magistrat.

Das **seit Jahrhunderten berühmte,** wegen seiner **vorzüglichen Eigenschaften von vielen ärztlichen Autoritäten empfohlene**

Merseburger Bitter- oder Schwarzbier

[5760]

wird als **bewährtes Kräftigungsmittel** wiederholt empfohlen und ununterbrochen versandt.

Preis ab hier à Flasche 4 Sgr.; bei Franko-Rückgabe der Flasche 6 Sgr vergütet. **Wiederverkäufern** angemessenen Rabatt.

Merseburg a. d Saale, 1865.

Carl Berger, Stadt-Brauerei.

Lebende Karpfen,

Pracht-Exemplare,

von 3 bis 15 ℔ schwer, empfiehlt [6.6]

H. Lewerenz.

[56] **Wichtig für Brauer!**

2500 Centner gutes helles Brauer-**Malz** offeriren in beliebigen Posten

Krahmer & Bauer in **Danzig.**

Fromage de Brie et de Neufchatel, Engl. Chester, weißen und grünen Schweizer-, Holl. und Edammer, Limburger, Sahnen-, Parmesan- und Tyroler Alpen-Käse empfehlen

[624] **Francke & Laloi.**

Frische **Stralsunder Bücklinge**

[625] empfehlen

Francke & Laloi.

Bockschau in Regenwalde.

Der Regenwalder Zweigverein der Pommerschen öconomischen Gesellschaft hat beschlossen, am **Sonnabend, den 24. März d. J.,** eine Bockschau in Regenwalde zu veranstalten.

Es wird ergebenst gebeten, die Bockschau recht zahlreich zu beschicken, und dabei bemerkt, daß

1) pro Bock 7½ Sgr Standgeld zu entrichten sind;
2) der Zutritt für Ausstteller, deren Schäfer und für Besucher gegen Eintrittsgeld von 5 Sgr à Person gestattet wird, und
3) die Anmeldungen, welche möglichst zeitig und spätestens vor dem Ausstellungstermin erbeten werden, an den Bürgermeister Rackwitz in Regenwalde zu richten sind.

Das Comité.

[611] gez. **Grawitz**-Mittelhagen. **Rackwitz.**

[604] Zu einem lucrativen, sicheren Unternehmen wird ein Capital von 5—6000 Thlr. unter den günstigsten Bedingungen baldigst gesucht.

Gefällige Offerten werden unter Chiffre **S. J. Stettin** durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

Vacante Oberlehrerstelle.

Die Stelle des dritten etatsmäßigen Oberlehrers an der hiesigen Realschule 1. Ordnung, welcher vorzugsweise sprachlichen und historischen Unterricht zu ertheilen haben wird, soll möglichst zu Ostern, spätestens Michaelis d. J. neu besetzt werden. Die Besoldung der Stelle beträgt zur Zeit 900 Rz und kann innerhalb zehn Jahren bis zu 1000 Rz erhöhet werden.

Bewerber um diese Stelle wollen sich möglichst bald unter Nachweisung ihrer vorschriftsmäßigen Qualification bei der unterzeichneten Behörde melden.

Stralsund, den 7. Februar 1866. [640]

Scholarchat der Realschule.

In meinem Getreidegeschäft findet ein mit der Buchführung vertrauter junger Mann, so wie ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen eine Stelle. Näheres brieflich oder mündlich.

Schivelbein, den 6. Februar 1866.

[621] **M. Senff.**

Für mein Manufactur-, Kurz- und Material-Waaren-Geschäft suche sogleich einen Lehrling. [598]

Tuetz, Reg.-Bezirk Marienwerder.

J. P. Pinesohn.

Für mein Getreide- und Producten-Geschäft suche ich einen tüchtigen jungen Mann, der zugleich mit der Buchführung betraut ist, zum sofortigen Antritt, und wollen sich nur Solche an mich wenden.

M. Senff in **Schivelbein.**

Für mein Getreide- und Producten-Geschäft suche ich einen Lehrling, der mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen ist, zum sofortigen Antritt, und wollen sich Solche an mich wenden.

[643] **M. Senff** in **Schivelbein.**

In meinem Speicher Nr. 19 ist eine Remise sofort zu vermiethen.

[574] **Ferdinand Brumm.**

[623] **Polytechnische Gesellschaft.**

Freitag, den 9. Febr., 8 Uhr, im großen Saale des Schützenhauses:

IV. chemischer Vortrag:

Herr Dr. Delbrück über den Kohlenstoff.

Druck und Verlag von F. Hessenland in Stettin.

Verantwortlicher Redacteur Otto Wolff in Stettin.